

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 1994
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Sachsen-Anhalt

Quelle/Zitierweise: ADL, Druckschriftenbestand; Signatur D1-4257
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-244

F.D.P.

Die Liberalen

Wahlprogramm

zur Landtagswahl 1994

in

Sachsen-Anhalt

LANDTAGSWAHLPROGRAMM

1994

23. Seite

LTW ST, 1994

Landtagswahlprogramm 1994

Inhaltsverzeichnis

F.D.P. - Freiheit und Verantwortung	3
I. WIRTSCHAFT UND UMWELT - MITTELDEUTSCHLAND IM UMBRUCH	4
Mehr Marktwirtschaft - mehr Arbeitsplätze	4
Umwelt: Blau und Gelb bringt Grün	11
Wohnungsbau - ein Dach über dem Kopf braucht jeder	16
Agrarpolitik - Landwirtschaft im Umbruch	17
Haushalt und Finanzen - Grundlage aller Programme	19
II. BILDUNG UND FORSCHUNG - UNSER ZUKUNFTSKAPITAL	20
Schule bringt Bildung und Erziehung	20
Wissenschaft und Forschung - Grundsteine für die Zukunft	22
III. STAAT UND GESELLSCHAFT - NEUORIENTIERUNG IN DER DEMOKRATIE	25
Liberaler Politik für junge Menschen	25
Innen- und Rechtspolitik - Schutz der Demokratie	26
Sozialpolitik - Hilfe jenen, die ihrer bedürfen	29
Frauen und Familie - Seele der Gesellschaft	30
Kultur und Medien - Leben heißt mehr als nur Arbeit	32
Kommunalpolitik ist Bürgernähe	35

F.D.P. - Freiheit und Verantwortung

In Notzeiten ist es immer leichter, große Versprechungen zu machen, als deutlich die Wahrheit zu sagen; einfacher mittels Sozialneid sich zu Schützer aller Benachteiligten aufzuschwingen und dabei den imaginären Staat zu fordern.

Wir Liberale belügen Sie nicht. Wir werden Möglichkeiten zur Selbsthilfe schaffen, denn die bringt auch Selbstachtung. Und wir überlegen erst, wie wir die Reichtümer erwirtschaften, bevor wir sie versprechen.

Die ersten vier Jahre einer neuen Zeit liegen hinter uns. Für viele war es ein völliger Umbruch ihrer Lebensverhältnisse. Die Liberalen hatten immer darauf gehofft, daß die soziale Marktwirtschaft auch bei uns Einzug halten wird, aber niemand kannte sie. Ziehen wir heute Resümee, so kam manches wie erwartet, anderes nicht.

Die Unvollkommenheit des ersten Schwunges ist zugleich eine Chance der Weiterentwicklung. Vier Jahre F.D.P. in der Landesregierung Sachsen-Anhalts heißt, die schwerste Zeit des Umbaus unseres Wirtschaftssystems die Möglichkeit besessen zu haben, wesentliche gestaltende Schwerpunkte zu setzen.

Wir haben sie gut genutzt.

Wir waren erfolgreich.

Doch jetzt nur zurückschauend erfolgreiche Arbeit abzurechnen hieße Stillstand. Mit den Erfolgen kommen neue Pläne, neue Ideen.

Die gegenwärtig schwierige Situation Deutschlands erfordert eine gründliche Strukturanalyse und neue Projekte der Aufbauarbeit.

Unsere gerade aufkeimende Demokratie braucht den liberalen Geist und die liberale Hartnäckigkeit beim Schutze der Grundrechte.

Deshalb streben wir Regierungsbeteiligung an, buhlen aber nicht um sie. Sicher, es gibt vieles, was wir noch zu Ende führen müssen.

Aber das Wichtigste ist, die Freiheit, die Rechte, die Chancen jedes Einzelnen zu schützen, gegen Versuche, alles in Gleichmacherei zu ersticken.

Wir werden den Sozialismus nicht wieder aufleben lassen, mögen auch andere Parteien neue Namen dafür erfinden.

Mit uns können Sie

- Deregulierung im öffentlichen Sektor und in der Wirtschaftspolitik,
- die Privatisierung öffentlicher Leistungen zum Nutzen der Bürger,
- die Freiheit zu Eigeninitiative und Eigenverantwortung,
- eine Wirtschaftspolitik für bleibende Arbeitsplätze,
- Umweltschutz mit Zukunftsvision und Arbeitsplätzen,
- Agrarpolitik für lebensfähige Betriebe, nicht für Nostalgiesubventionslöcher,
- eine schnelle Ankurbelung des Wohnungsbaus und Eigentümererwerbs für die Mieter,
- Schulen, Hochschulen und Institute mit Zukunftsprofil,
- Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit,
- eine Politik nicht nur für, sondern gerade mit der Jugend und
- den Schutz des Bürgers vor der Allmacht des Staates verwirklichen.

Der Staat kann und darf nicht für alles verantwortlich gemacht werden.

Wir haben 40 Jahre erlebt, was das heißt.

Wählen Sie mit uns ein liberales Sachsen-Anhalt.

I. WIRTSCHAFT UND UMWELT - MITTELDEUTSCHLAND IM UMBRUCH

Mehr Marktwirtschaft - mehr Arbeitsplätze

Die wirtschaftliche Umgestaltung von Sachsen-Anhalt ist eine gigantische Aufgabe, an deren Lösung sich die F.D.P. maßgeblich beteiligt. Die Ablösung der sozialistischen Planwirtschaft durch eine leistungsorientierte soziale Marktwirtschaft innerhalb kürzester Zeit ist ein Prozeß, der für alle Beteiligten tiefe Einschnitte in ihrem bisherigen Wirtschaftsverhalten mit sich bringt.

Die Ausgangslage in Sachsen-Anhalt war, wie in den anderen neuen Ländern auch, durch eine zusammengebrochene Wirtschaft gekennzeichnet.

Zusätzlich erschwert wurde die Situation durch eine uneinheitliche Wirtschaftsstruktur. Der Norden des Landes ist industriell wenig entwickelt und fast ausschließlich landwirtschaftlich geprägt. Der Süden, einst eine Keimzelle der Industrialisierung in Deutschland, war mit seinen Mammutkombinaten der chemischen und metallurgischen Industrie, des Maschinen-, Anlagen- und Waggonbaus sowie des Bergbaus wirtschaftlich weitgehend monostrukturiert. Nennenswerter industrieller und gewerblicher Mittelstand, der in entwickelten wirtschaftlichen Strukturen größter Arbeitgeber ist, existierte nicht. Die Industrie war veraltet und weit überdurchschnittlich personalintensiv, die Umwelt durch Raubbau und Verschmutzung teilweise stark belastet. Ganze Industriezweige verloren ihre traditionellen Absatzmärkte in Osteuropa, die in unvorhersehbarem Umfang zusammengebrochen waren.

Der Strukturwandel ist in vollem Gange. Während das Bruttosozialprodukt, insbesondere die industrielle Produktion, nach dem Tiefgang des Jahres 1991 wieder wachsen, und die Investitionen im gewerblichen Bereich sowie im Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur rasch zunehmen, sind die Probleme des Arbeitsmarktes noch längst nicht gelöst. Deshalb kann einstweilen noch nicht auf Sanierungs- und Beschäftigungsgesellschaften als Übergangslösungen verzichtet werden. Die Rezession in der westdeutschen und westeuropäischen wie in der Weltwirtschaft hat die Bewältigung dieser einmaligen Aufgabe nicht eben erleichtert. Als große Chance verstanden, regt sie Einsatzwillen, Phantasie und Mut zum Unternehmergeist an. Vertrauen in die eigene Kraft ist der Schlüssel zum Erfolg.

Nur eine massive Investitionspolitik und Investitionsförderung in der produzierenden Wirtschaft kann die dramatische Situation auf dem Arbeitsmarkt schrittweise beheben. Denn Wirtschaft schafft Arbeit.

Industriepolitik

Die Schaffung gesicherter, wettbewerbsfähiger Dauerarbeitsplätze auf dem 1. Arbeitsmarkt steht im Vordergrund aller wirtschaftspolitischen Aktivitäten der F.D.P.

Die Sanierung und Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft fordert auch in Gegenwart und Zukunft weiterhin große Anstrengungen. Dazu gehören Transferzahlungen aus den alten Bundesländern ebenso wie die intensiven Anstrengungen im Lande selbst.

Verwirklichen Sie mit der F.D.P.:

- die weitere Verbesserung der vom Staat gesetzten Rahmenbedingungen für Privatinitiative und unternehmerisches Handeln in Sachsen-Anhalt.
- daß die Förderung der Investitionen kontinuierlich begleitet wird (Mittelbereitstellung, kurze Genehmigungszeiten).
- daß die Standortqualität von Sachsen-Anhalt mit weiteren Maßnahmen noch investorenfreundlicher gestaltet wird (Infrastruktur, Wirtschaftsklima, technologisches Umfeld).
- die Sicherung der industriellen Kerne, die dort wo möglich weiter ausgebaut und in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gezielt unterstützt werden, d.h. Ermöglichen der Privatisierung noch verbliebener Treuhandunternehmen mittels investitionsgeschützter Sanierung durch die Treuhandanstalt.
- die Sicherstellung der Nachsorge durch die Treuhandanstalt bei unverschuldet in Not geratenen Privatisierungen.
- die Sicherung der Einflußmöglichkeiten des Landes bei der Kontrolle der Treuhandverträge und der noch offenen Privatisierungen.
- die Sicherung der Unterstützung der regionalen und kommunalen Anstrengungen bei der Wirtschaftsförderung durch das Land.
- den Ausbau der internationalen Kooperation auch im Hinblick auf den gemeinsamen europäischen Markt für sachsen-anhalter Unternehmen.
- daß Ausgründungen aus Gesellschaften, die vorwiegend mit Beschäftigten arbeiten, die als ABM-Kräfte tätig sind und zur Belebung des 1. Arbeitsmarktes beitragen, gefördert werden.
- die Anwendung des neugeschaffenen Instruments "Produktive Arbeitsförderung Ost" nach § 249h AFG im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel.

Mittelstandspolitik

Für den weiteren wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg des Landes Sachsen-Anhalt ist eine mittelständisch geprägte, von industriellen Kernen mitgetragene und nach Branchen und Betriebsgrößen ausgewogene Wirtschaftsstruktur unverzichtbar. Das Miteinander großer sowie kleiner und mittlerer Unternehmen trägt wesentlich zur Entwicklungsfähigkeit unserer Wirtschaft bei. Durch den wirtschaftlichen Umbruch der letzten drei Jahre haben sich bereits vielfältige mittelständische Strukturen herausgebildet. Der Mittelstand in Sachsen-Anhalt stellt heute rund zwei Drittel aller Arbeitsplätze zur Verfügung. Ihn gilt es zu festigen und weiter auszubauen.

Verwirklichen Sie mit der F.D.P.:

- daß die einheimischen mittelständischen Betriebe bei der Investitionsförderung weitaus stärker als bislang berücksichtigt werden, ohne die wichtige Aufgabe der Industrieansiedlung zu vernachlässigen.
- daß der bisherige Aufbau eines leistungsfähigen Mittelstandes durch Förderung der Existenzgründung und notwendige Maßnahmen der Existenzsicherung ergänzt wird. Kleine und mittlere Unternehmen brauchen verstärkte Unterstützung bei Management und Unternehmenskonzeption, bei der Absatzförderung und bei Finanzierungshilfen.
- daß zur Stärkung der wirtschaftlichen Situation kleiner und mittlerer Unternehmen ein Konsolidierungsprogramm des Landes entwickelt und angewandt wird, das die entsprechenden Bundeshilfen ergänzt. Mit Landesdarlehen, Liquiditätszuschüssen, Bürgschaften und Beteiligungen können bestehende Liquiditätsengpässe überbrückt und die Eigenkapitalausstattung verbessert werden.

- daß für kleine und mittlere Unternehmen verstärkte Beratungshilfe zum Aufbau und zur Sicherung einer eigenständigen Existenz angeboten wird.
- daß eine stärkere Förderung des einheimischen, mittelständischen Handels durch Einbeziehung in die Investitionsförderung und die Investitionszulage vorgesehen wird. Der innerstädtische Einzelhandel ist einem extremen Konkurrenzdruck durch den großflächigen Einzelhandel auf der Grünen Wiese ausgesetzt. Dieser Entwicklung muß durch eine Revitalisierung der Innenstädte entgegengesteuert werden. Hierzu gehören z.B. Stadtmarketingprojekte, die Bereitstellung von mehr zusätzlichem Gewerberaum sowie eine maßvolle kommunale Verkehrs- und Gebührenpolitik.
- daß die erfreulich positive Entwicklung des Handwerks durch die bisherige Handwerksförderung fortgesetzt wird und daß zusätzliche Fördermöglichkeiten zur Einrichtung von Handwerkerhöfen geschaffen und die Einbeziehung des Dienstleistungshandwerks in die Investitionsförderung weiter unterstützt wird.
- daß die Qualität des touristischen Angebots und der Naherholungseinrichtungen massiv ausgebaut und verbessert und daß das Projekt "Straße der Romanik" so wie die Förderung der Regionen des Landes im Bereich des Tourismus konsequent fortgesetzt werden. Die Arbeiten an einem landesweiten Tourismuskonzept sind zügig abzuschließen.
- daß die umfangreiche Förderung des Beherbergungsgewerbes durch ein landeseigenes Programm zur Verbesserung der Qualität von Restaurants und Ausflugslokalen ergänzt wird. Die Vermarktung der touristischen Angebote muß durch den raschen Aufbau eines Informations- und Reservierungssystems verbessert werden.

Markt und Absatz

Durch den wirtschaftlichen Umbruch haben sich die Marktbedingungen für die einheimischen Betriebe total verändert. Die Ostmärkte sind weitgehend weggebrochen. Auf den heimischen Märkten muß sich das produzierende Gewerbe gegen neue, starke Konkurrenz behaupten. Auf den westlichen Märkten müssen erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um neue Absatzmöglichkeiten zu erschließen. Dabei stehen die Betriebe vor der schwierigen Aufgabe, völlig neue Zulieferverflechtungen und Absatzstrukturen aufzubauen.

Verwirklichen Sie deshalb mit der F.D.P.:

- daß die Aktivitäten zur Förderung des Absatzes heimischer Produkte konsequent fortgesetzt und weiter ausgebaut werden. Die bisherige Förderung von Absatzkonzepten und Messebeteiligungen sollte ergänzt werden um weitere absatzfördernde Maßnahmen wie z.B. Messevor- und -nachbereitung, Fachseminare und Schulungen, Wirtschafts- und Unternehmertage, Kooperationsbörsen oder Zulieferkataloge. Eine wichtige Hilfe sieht die F.D.P. in der Einführung der bereits seit langem diskutierten Wertschöpfungsprämie.
- daß eine konsequente Fortsetzung des Standortmarketings durch eine verstärkte Kooperation zwischen Gebietskörperschaften, Kammern, Wirtschaftsfördergesellschaften und Landesregierung angestrebt wird: Sachsen-Anhalt muß durch ein aktives und abgestimmtes Standortmarketing als attraktives Land für leistungsfähige Industrie und Gewerbe mit qualifizierten Arbeitskräften, angesehenen Hochschulen, guten Entwicklungsmöglichkeiten und einer Vielzahl von reizvollen Landschaften nach innen und außen noch stärker bekannt gemacht werden.
- daß die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gestärkt wird. Die in vielen Unternehmen des industriellen Mittelstandes zu beobachtenden Liquiditätseingänge

sind zu einem Teil Ausdruck der geringen preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Aufgrund ungünstiger Kostenstrukturen, hoher Lohnstückkosten und einer dünnen Eigenkapitaldecke sind Preiszugeständnisse als strategische Größe in der Markteintrittsphase von den Unternehmen nicht zu verkraften. Mit der Gewährung einer Wertschöpfungsprämie würde gezielt an dem Problem der preislichen Wettbewerbsfähigkeit angesetzt werden.

- daß Großbetriebe des Handels sachsen-anhalter Produkte listen und daß der Konzentration im Groß- und Einzelhandel durch die Stärkung mittelständischer Unternehmen entgegengewirkt wird.
- daß die Richtlinien zu Bürgschaften der Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt und zu Landesbürgschaften so verändert werden, daß noch höhere Bürgschaftsvolumina ermöglicht werden. Das Risiko der Banken kann durch Vorabbefriedigungsrechte gemindert werden. Die Flexibilität der Landesbürgschaften muß erhöht werden, so daß Spielraum für Verhandlungen zur Haftungsübernahme durch Kreditinstitute besteht. Die F.D.P. tritt dafür ein, daß kurzfristig ein Gesamtbürgschaftsvolumen von 1 Mrd. DM über alle in Sachsen-Anhalt verfügbaren Bürgschaftsformen erreicht werden kann.

Infrastruktur

Sachsen-Anhalt liegt in der verkehrsgeographischen Mitte von Deutschland. Unser Land wird durchzogen von wichtigen europäischen Verkehrsmagistralen, auf denen sich der West-Ost- und der Nord-Süd-Verkehr weiter entwickeln wird. Aufgrund dieser zentralen Lage betreffen 10 von insgesamt 17 "Verkehrsprojekten Deutsche Einheit" das Land Sachsen-Anhalt; das gleiche gilt für die verschiedenen Projekte des "Bundesverkehrsweplanes '92".

Sachsen-Anhalt ist das einzige Land, bei dem noch kein Schienen-Lückenschluß zu den Altbundesländern hergestellt wurde, trotz intensiver Intervention unseres Wirtschaftsministers.

Dennoch ist festzustellen, daß Sachsen-Anhalt das Niveau der Verkehrsinfrastruktur der alten Bundesländer erst im Jahre 2020 erreichen wird, wenn wir nicht neue Wege bei der Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen wie z.B. der Privatfinanzierung des Straßenbaus gehen.

Eine verantwortungsvolle und zukunftsweisende Verkehrspolitik muß gleichzeitig die Sicherung der Mobilität der Bürger, die Bedürfnisse der Wirtschaft und den Schutz der Umwelt im Blick haben. Denn die Mobilität des Personen- und Güterverkehrs ist ein entscheidender Faktor für die Entwicklung der Wirtschaft und der Gesellschaft. Gleichzeitig muß die Belastung der Umwelt und der Verbrauch von Landschaftsgebieten so gering wie möglich gehalten und die Belastung der Bevölkerung deutlich zurückgedrängt werden.

Zu einer modernen, leistungsfähigen Infrastruktur zählt außerdem ein gut ausgebautes, regional ausgewogenes Telekommunikationsnetz. Es ist neben der Verkehrsinfrastruktur die zweite notwendige Voraussetzung für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, gerade für eine Wirtschaft, die im Dienstleistungsbereich zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Verwirklichen Sie deshalb mit der F.D.P.:

- daß bei dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere für den Neubau der Autobahnen, auch das Modell der Privatfinanzierung angewendet wird.

- daß der Neubau der A 14 so schnell wie möglich begonnen wird und daß die A 14 durch die Altmarkregion nach Hamburg und Schwerin fortgesetzt wird.
- daß der sechsstreifige Ausbau der A2 und A9 zügig realisiert wird.
- zügiges Vorantreiben des Raumordnungsverfahrens für die frühestmögliche Realisierung des Baues der A 82 Halle-Göttingen.
- daß bestimmte Streckenabschnitte des Bundesfernstraßennetzes vierstreifig ausgebaut werden.
- daß der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Ballungsgebieten und in größeren Städten Vorrang vor dem Individualverkehr hat, wobei dieser Ausbau in einer ausgewogenen und sinnvoll abgestimmten Kombination der verschiedenen Verkehrsträger (Bus, Straßenbahn, S-Bahn, Nahverkehrszüge etc.) bestehen muß. Durch die Bildung von Tarif- und Verkehrsverbänden kann dieses gewährleistet werden.
- daß für die ländlichen Regionen ein angepaßtes, flexibles System des öffentlichen Personen- und Schienenahverkehrs entworfen wird, denn gerade im ländlichen Raum ist der ÖPNV ein wichtiges Element der Daseinsfürsorge.
- daß ein ÖPNV-Gesetz zur soliden technischen und finanziellen Umsetzung einer Neuorientierung in der Verkehrspolitik verabschiedet wird.
- daß die Sanierung der Ortsdurchfahrten und der Neubau von Ortsumgehungen mit allen Betroffenen abgestimmt wird. Ausbau und Sanierung bestehender Straßen haben Vorrang vor dem Straßenneubau.
- daß das Schienennetz ausgebaut und modernisiert wird, denn die Eisenbahn muß mittel- und langfristig sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr wieder an Attraktivität und Akzeptanz gewinnen. Dabei spielt die Bahnstrukturreform mit der Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs eine wichtige Rolle.
- daß der Aus- und Neubau der Hochgeschwindigkeitsstrecken Hannover-Stendal-Berlin und Erfurt-Halle/Leipzig-Berlin so schnell wie möglich vollzogen wird.
- daß Haltepunkte des ICE in Stendal und Magdeburg vorgesehen werden.
- daß der Streckenausbau Helmstedt-Magdeburg-Berlin, Halle-Eichenberg und Uelzen-Salzwedel weiter vorangetrieben wird.
- daß durch den Einsatz moderner Fahrzeuge und durch eine sinnvolle Abstimmung der Fahrpläne die Attraktivität und Zuverlässigkeit des Schienenpersonennahverkehrs erhöht wird.
- daß die S-Bahn-Systeme in den Verdichtungsräumen Halle/Leipzig und Magdeburg ausgebaut werden.
- daß die Mittel- und Oberzentren zu modernen Reiseverkehrszentren umgebaut und daß größere Güterbahnhöfe zu Knotenpunkten für den Straßengüterverkehr, der dadurch entlastet wird, ausgebaut werden.
- daß das Wasserstraßennetz dem Anspruch nach einer Verlegung der Transportleistungen auf den Wasserweg gerecht wird. Deshalb muß der Ausbau des Mittellandkanals/Elbe-Havel-Kanals und der Ausbau der Binnenhäfen und Umschlagstellen weiterverfolgt werden.
- daß für das Flußgebiet der Elbe und ihrer Nebenflüsse ein ökologisches Gesamtkonzept entwickelt wird, das die Ziele der Reinhaltung des Gewässers mit der Aufrechterhaltung der unterschiedlichen Nutzung von der Schifffahrt bis zur Landwirtschaft berücksichtigt. Bis zum Zeitpunkt der Erstellung des Konzeptes sind alle Maßnahmen, die das Flußgebiet betreffen, auf Unterhaltungsmaßnahmen zu beschränken.
- daß der Erhalt und Ausbau der Fähren über Sachsen-Anhalts Wasserstraßen weiterverfolgt und betrieben wird.

- daß im Bereich der Telekommunikation die Technik, die Struktur und der Zustand der Telefonnetze zügig verbessert und weiter ausgebaut werden. Mit über 500.000 neuen Telefonanschlüssen ist ein erster großer Schritt getan.
- daß hierfür modernste Techniken, wie Glasfaserkabel und Digitaltechnik eingesetzt werden, um den technologischen Vorsprung weiter auszubauen.

Technologiepolitik - Schlüssel für die Zukunftssicherung

Forschung und Entwicklung stellen entscheidende Voraussetzungen für Innovationen dar, mit denen neue Technologien und neue Produkte hervorgebracht werden. Gerade sie bilden die Grundlage für Produktivität, hohe Wertschöpfung und tragen mit dazu bei, Sachsen-Anhalt zu einem modernen, zukunftsorientierten Standort auszubauen. Technologische Spitzenleistungen der Chemie-, Elektro-, Energie-, Umwelt-, Bio- sowie Anlagen- und Maschinentechologie entscheiden über die Überlebenschancen der Unternehmen und ihrer Marktstellung von morgen.

Wo Innovationen sind, sind und kommen Investitionen. Und wo Investitionen sind, werden Arbeitsplätze gesichert und geschaffen, ist Perspektive und Zukunft.

Im Dialog mit Wirtschaft und Wissenschaft sind die Rahmenbedingungen zu schaffen, um zu einer Stärkung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit beizutragen.

Verwirklichen Sie deshalb mit der F.D.P.:

- daß rasch eine leistungsfähige und innovative Wissenschaftslandschaft aufgebaut wird, die das erforderliche Transfernetz zwischen Wissenschaft, Forschung und den vielen kleinen und mittelständischen Betrieben sichert.
- daß innovative klein- und mittelständische Unternehmen beim Aufbau von Forschung und Entwicklungseinrichtungen durch die Gewährung von Steuervergünstigungen, Krediterleichterungen, gezielten Fördermaßnahmen und unbürokratische, vereinfachten Genehmigungsverfahren eine deutliche Unterstützung erhalten.
- daß eine stärkere Beratung und Unterstützung für Erfinder bei Anmeldung, Wahrung von Patent und Schutzrechten geleistet wird.
- daß unternehmenseigene Forschungs- und Entwicklungs- (FuE) Kapazitäten zur Entwicklung neuer, wettbewerbsfähiger Produktlinien unterstützt und ggf. wiederaufgebaut werden.
- daß die Forschung im Bereich nachwachsender Rohstoffe und ihrer Einsatz- und Verwertungsmöglichkeiten deutlich gefördert wird.
- daß die Forschungsförderung des Landes auf mindestens fünf bis acht Jahre verlängert und die Bereitstellung höherer Fördermittel erreicht wird.
- daß die Forschungsinstitute und innovativen Unternehmen an den Programmen der Europäischen Gemeinschaft auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung beteiligt werden, um so die Voraussetzung für Neuentwicklungen mit ihren hohen Qualitätsanforderungen zu schaffen.
- daß die Unternehmen und die FuE-Einrichtungen stärker in das Netz der internationalen Forschungsbeziehungen eingebunden und insbesondere die traditionellen kommerziellen und wissenschaftlich-technischen Kontakte zu mittel- und osteuropäischen Staaten wieder intensiviert werden.
- daß der Aufbau der Technologiezentren im Lande kontinuierlich fortgeführt wird, um eine enge Verbindung von Forschung, Produktion und Dienstleistung durch die räumliche und inhaltliche Verzahnung zu ermöglichen.

Energie - Grundpfeiler des Wirtschaftens

Eine ausreichende und sichere Energieversorgung ist der Grundpfeiler für eine funktionierende Wirtschafts- und Verkehrsstruktur und für eine moderne Gesellschaft.

Die bisherige Energienutzung hat erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt und Lebensgrundlagen. Ziel muß es sein, zu einer umweltverträglichen Energieerzeugung, -nutzung und -versorgung zu gelangen. Die Energiequellen sind begrenzt. Der rationelle Umgang mit Energie ist Aufgabe für jeden.

Bis 1995 sind für die Sanierung und Umgestaltung der Energieversorgung in Sachsen-Anhalt mehr als 5,3 Mrd. DM vorgesehen. Die in den ersten vier Jahren mit erheblichen Mitteln geförderten und durchgeführten Maßnahmen zur Umstellung der Gasversorgung von Industrie und Privathaushalten auf Erdgas, die umfassende Sanierung der Fernwärmeversorgung, der Neubau von Kraftwerken und die Erneuerung der vorhandenen Kraftwerke mit neuester Technik waren erste notwendige Schritte. Sie haben dazu beigetragen, die Umweltbelastungen wie Luftverschmutzung und den CO²-Ausstoß wesentlich zu reduzieren.

Verwirklichen Sie deshalb mit der F.D.P.:

- daß ein neuer energiepolitischer Konsens in der Energienutzung gefunden wird: Einbeziehung der unterschiedlichen Energieträger und verstärkte Anstrengungen zum Energiesparen mit dem Ziel, eine langfristig sichere, effiziente und ökologisch verantwortbare Energieversorgung und eine Verminderung der CO²-Belastung zu erreichen.
- daß die Braunkohle als Bestandteil des Energiemix einbezogen wird, denn Sachsen-Anhalt verfügt mit seiner Braunkohle über einen bedeutenden Energieträger. Die wettbewerbsverzerrende Subventionierung der Steinkohle muß abgebaut werden.
- daß die Kraft-Wärme-Kopplung verstärkt angewandt wird. Eine weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für industrielle Kraft-Wärme-Kopplung und für den Ausbau des Anteils der Nah- und Fernwärmeversorgung muß angestrebt werden.
- daß die Möglichkeiten der Einrichtung dezentraler Energieversorgungsstrukturen und der Schaffung von Verbundsystemen zwischen regionalen und kommunalen Energieversorgern sowie industriellen Energieerzeugern verbessert werden.
- daß bei der Energieerzeugung auf fossiler Basis neueste Technik eingesetzt und die internationalen Verpflichtungen zur Reduzierung der CO²-Emissionen beachtet werden.
- daß der Einsatz regenerativer - erneuerbarer - Energiequellen wie Wind-, Wasser-, Solarenergie sowie Photovoltaik stärker gefördert wird.
- daß die Solar-Wasserstofftechnologie weiter gefördert und entwickelt wird.
- daß Pilot- und Demonstrationsvorhaben, z.B. die Energieträgerumstellung, gefördert werden.
- daß spezielle Anreiz- und Finanzierungsprogramme zur rationellen Energienutzung und Wärmedämmung im Haus- und Mietwohnungsbau entwickelt werden.
- daß bei öffentlichen Neubauten der Niedrigenergiehaus-Standard festgelegt wird.

Aus- und Weiterbildung - Köpfe sind unser Kapital

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft hängt wesentlich davon ab, wie gut die Menschen für den Beruf ausgebildet sowie im und neben dem Beruf weitergebildet werden. Ausbildung, Weiterbildung und Qualifizierung sind tragende Säulen der Wirtschafts-, Struktur- und Sozialpolitik.

Unsere Arbeitnehmer bringen eine sehr hohe Leistungsbereitschaft und eine gute Grundausbildung mit. Dies ist für alle Investoren ein wichtiger Standortfaktor. Junge Menschen sind für die Zukunft genauso wichtig wie die Erfahrungen älterer Arbeitnehmer. In den letzten Jahren konnte allen Jugendlichen ein Ausbildungsplatz vermittelt werden. In erster Linie ist es Aufgabe der Unternehmen, genügend Aus- und Fortbildungsplätze zur zukünftigen Sicherung und für die Qualifizierung ihres Fachkräftebedarfs zur Verfügung zu stellen. Sie sollen von der Landesregierung in dieser Aufgabe begleitet werden. Investitionen in die berufliche Aus- und Fortbildung sind Investitionen in die Zukunft. Das weltweit anerkannte duale System der beruflichen Ausbildung verbindet in herausragender Weise Praxis und Theorie und ist auch zukünftig Garant für die Wettbewerbsfähigkeit von Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistung.

Verwirklichen Sie deshalb mit der F.D.P.:

- daß dort, wo vorübergehend Engpässe für die berufliche Erstausbildung bestehen, die außerbetriebliche Ausbildung sichergestellt und gefördert wird, bis die Unternehmen in der Lage sind, die Ausbildung selbständig zu gewährleisten.
- daß Einrichtungen der überbetrieblichen Ausbildung ausgebaut und als Zwischenlösung gefördert werden.
- daß die notwendigen Rahmenbedingungen für eine vielfältige Angebots- und Trägerstruktur der Weiterbildung geschaffen werden.

Umwelt: Blau und Gelb bringt Grün

Ökologische Marktwirtschaft

"Umweltschutz erfordert eine auf lange Sicht angelegte Umweltplanung. Notwendig ist eine ständige Berücksichtigung von Umweltfaktoren in allen Entscheidungen der Wirtschaft und der öffentlichen Hand. Auf technischen Fortschritt und Wirtschaftswachstum braucht dabei nicht verzichtet zu werden. Die Leistungskraft unserer Volkswirtschaft wird aber in Zukunft danach beurteilt werden, ob es gelingt, mit marktgerechten Mitteln umweltfreundliche Verfahren und Produkte durchzusetzen."

Dieses Zitat aus dem Parteiprogramm der F.D.P. des Jahres 1971 hat absolut nichts an Aktualität verloren.

Als erste deutsche Partei hat die F.D.P. schon zu diesem Zeitpunkt den Umweltschutz als Herausforderung der sozialen Marktwirtschaft begriffen und bereits damals das ganze Spektrum einer modernen Umweltpolitik erarbeitet.

Die F.D.P. vom Land Sachsen-Anhalt fördert deshalb eine Weiterentwicklung der deutschen Umweltpolitik in Richtung auf einen modernen ökologieorientierten und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort Deutschland.

Zur Spezifik im Land Sachsen-Anhalt

Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen fordert alle Bürger und gesellschaftlichen Kräfte unseres Landes.

Der Schutz der Umwelt ist als Staatsziel im Paragraph 35 unserer Landesverfassung festgeschrieben.

Aus den liberalen Grundauffassungen der Freien Demokratischen Partei und ihrer politischen Traditionen ergibt sich hier ein breites Betätigungsfeld für alle Mitglieder und Verantwortungsträger des Landesverbandes Sachsen-Anhalt.

Sachsen-Anhalt hat im Übermaß unter der Umweltbelastung durch die veraltete chemische Großindustrie gelitten. Hemmungslose Braunkohleverfeuerung und das Fahren der chemischen Industrie unter höchsten Planaufgaben haben während der letzten 20 Jahre ökologische Belange völlig vernachlässigt. Es gibt kein anderes Bundesland, das eine so breite Palette von Umweltbelastungen aufweist. Diese Belastungen sind besonders in der Chemieregion und im Mansfelder Land ausgeprägt.

Eine erste Bestandsaufnahme über den Zustand der Umwelt, ihre Ressourcen, die Regenerationsmöglichkeiten und einzelne Schwerpunkte hat zu einem ernüchternden Ergebnis geführt. Priorität hatten deshalb Maßnahmen zur unmittelbaren Gefahrenabwehr und der Aufbau einer funktionierenden Umweltverwaltung.

Die seit der Landesgründung eingetretenen Verbesserungen, insbesondere bei der Belastung von Luft, Wasser und Boden, sind in erster Linie auf die reduzierte Produktion in allen Bereichen von Industrie und Landwirtschaft zurückzuführen. Der erreichte Erkenntnisstand über den konkreten Zustand der Umwelt erlaubt uns eine gezielte Eingriffnahme und schrittweise Abarbeitung der Belastungen und die Inangriffnahme definierter Sanierungsziele.

Das Erreichen des Umweltstandards der Altbundesländer - der Schritt zur Umweltunion - ist nur unter großen Anstrengungen möglich. Erschwerend kommen die Probleme des Arbeitsmarktes, des Sozialbereiches und der allgemeinen Rezessionserscheinungen hinzu. Staatliche Förderung und Unterstützung sind durch fehlende Mittel begrenzt - es sind neue Konzepte und Initiativen erforderlich.

Sachsen-Anhalt muß sich zu einem prosperierenden Wirtschaftsstandort entwickeln. Die Forderung nach einer Atempause in der Umweltpolitik oder gar einer Absenkung von geltenden Umweltstandards kann von der F.D.P. im Sinne einer verantwortbaren Politik nicht mitgetragen werden. Eine solche Forderung ist ökologisch und ökonomisch falsch. Der F.D.P. geht es um einen modernen, zukunfts- und ökologieorientierten und zugleich wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort Deutschland.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist eine dauerhafte sozial- und umweltverträgliche Entwicklung in Wirtschaft und Technik notwendig. Zur ökologischen Erneuerung unserer Volkswirtschaft ist es erforderlich, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit außerordentlichen Aktivitäten gegen die ökologischen Gefahren zu verbinden. Die Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland ist auch von der Schaffung und Bewahrung einer guten Umweltqualität in Sachsen-Anhalt abhängig. Dieses Tätigkeitsfeld ist zugleich eine große Chance für die Entwicklung von Teilen der mittelständischen Wirtschaft.

Regionale Umweltprogramme

Unter Berücksichtigung der außerordentlichen und alle Bereiche umfassenden Umweltbelastungen in bestimmten Regionen Sachsens-Anhalts setzt sich die F.D.P. dafür ein,

- die hervorgehobene ökologische Sanierung in der Chemie- und Braunkohleregion (Landkreise Bitterfeld, Merseburg, Halle, Saalkreis, Gebiet Zeitz/Weißenfels/Hohenmölsen) sowie im Mansfelder Land konsequent fortzuführen,
- die in den genannten Regionen laufenden ökologischen Sanierungsprogramme zielgerichtet, wirtschaftlich sinnvoll und sozialkonform für die Stabilisierung und Verbesserung der Arbeitsmarktsituation (Arbeit durch Umweltsanierung) zu nutzen.

Verwirklichen Sie deshalb mit der F.D.P.:

- den umweltverträglichen Um- und Neuaufbau der chemischen Industrie in einen innovativen, effizienten Wirtschaftszweig mit vertretbarem Restrisiko.
- die Einführung einer umweltfreundlichen Stoffkreislaufwirtschaft.
- die Förderung von Aktivitäten zur Durchdringung der Wirtschaftsprozesse wie Öko-Bilanzen, Abschätzung von Technik-/Technologiefolgen, Risiko-Nutzen-Beurteilungen.
- den Ausbau einer effizienten und wirtschaftsnahen Forschung und Entwicklung für diese Entwicklungsziele.

Luftreinhaltung

Die F.D.P. Sachsens-Anhalts räumt der Minderung der Luftbelastung für große Teile der Bevölkerung sowie dem Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen hohe Priorität ein. Sie strebt an, aus dem Bereich der Gefahrenabwehr baldmöglichst in den Bereich der Umweltvorsorge zu kommen. Die F.D.P. befürwortet konsequente landesspezifische Maßnahmen zum Schutz der Erdatmosphäre im Bereich der Handlungsfelder Energie, Verkehr, Landwirtschaft und Chemie und setzt sich für die Förderung des Problembewußtseins der Bürger des Landes ein.

Trotz großer Fortschritte bei der Verbesserung der Luftqualität in Sachsen-Anhalt sieht die F.D.P. noch einen enormen Handlungsbedarf bis zum Erreichen der Umweltunion.

Luftreinhaltung und Klimaschutz bedeuten Zukunftssicherung!

Deshalb verwirklichen Sie mit uns:

- die Förderung der Abgasvermeidung vor die der Abgasreinigung zu stellen.
- die flächendeckende lufthygienische Überwachung des gesamten Landes zu erreichen sowie
- die Aufstellung eines konkreten Klimaschutzprogrammes, das Maßnahmen zur Reduktion des Kohlendioxidausstoßes genauso enthält, wie eine drastische Minderung bzw. das Verbot aller anderen Treibhausgase.
- durch entsprechende Maßnahmen eine Verbesserung des Bundesimmissionschutzgesetzes zu erreichen.

Wasser/Abwasser

Der sparsame Umgang mit der Ressource Wasser ist in Sachsen-Anhalt von existentieller Bedeutung.

Die F.D.P. Sachsens-Anhalts tritt zugleich für einen umfassenden Gewässerschutz ein und befördert die rationelle Bewirtschaftung der Gewässer nach Menge und Güte in einer Weise, daß sie dem Wohl der Allgemeinheit und im Einklang damit auch dem Nutzen einzelner unter Ausschluß jeder vermeidbaren Beeinträchtigung dienen.

Die F.D.P. hält die konsequente Neuordnung der Wasserver- und Abwasserentsorgungsstrukturen in Sachsen-Anhalt nach wirtschaftlich und sozial vertretbaren und regionale Besonderheiten berücksichtigenden Kriterien für eine vordringliche politische Aufgabe.

Deshalb verwirklichen Sie mit uns:

- die Trinkwasserversorgung für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes nach den qualitativen Maßstäben der Trinkwasserversorgung in wesentlichen Zügen bis Ende 1994.

- die gewässerökologische Zielsetzung durch ein umfassendes Kläranlagenbauprogramm mit bedeutsamen Auswirkungen auf die regionale wirtschaftliche Infrastruktur zu sozialverträglichen Gebühren.
- die Nutzung von privatem Management und privaten Betreibern für die erforderlichen Investitionen im Trinkwasser- und Abwasserbereich.
- für die Elbe und ihre Nebenflüsse in Sachsen-Anhalt durch Verminderung der diffusen Stoffeinträge die Voraussetzungen für ein stabiles aquatisches Ökosystem mit großer Artenvielfalt an Fauna und Flora.
- das Grundwasser als Bezugsquelle für die Trinkwasserversorgung durch ausreichende Vorsorge zu schützen.
- die naturnahe Rekultivierung der stillgelegten Braunkohletagebaue mit dem Ziel einer Mehrfachnutzung für die Erholung, den Naturschutz und der touristischen Erschließung als bedeutsame Erwerbsquelle.

Abfall/Altlasten/Boden

Die F.D.P. Sachsen-Anhalts tritt für eine strikte Einhaltung der Reihenfolge Vermeidung vor Verminderung und Verwertung von Abfällen ein. Alle Maßnahmen zur Abfallvermeidung sind zu fördern, die Produkthersteller in die Entsorgung bzw. Wiederverwertung einzubeziehen und alle rechtlichen Möglichkeiten dazu maximal auszuschöpfen. Mehrweg- und duale Systeme sind zu fördern. Dabei ist der Privatisierung mit notwendiger staatlicher Kontrolle der Vorzug zu geben.

Die F.D.P. weiß um das Erfordernis der Veränderung des Konsumverhaltens im privaten Bereich. Auf mittel- und langfristige Sicht wird der Aufbau einer ökologisch und ökonomisch sinnvollen Abfallentsorgungsstruktur dennoch notwendig sein.

Die Gebührenbelastung der Bürger ist dabei sozial verträglich zu gestalten. Wohl wissend, daß alle Kraft vordringlich in die Vermeidung investiert werden muß, sind konsequent die Voraussetzungen für die Behandlung und Ablagerung von Abfällen auf höchstem technischem Niveau zu schaffen, wofür zur Schaffung von Entsorgungssicherheit mindestens eine Sonderabfalldeponie, eine Sonderabfallverbrennungsanlage und eine Untertagedeponie für Sachsen-Anhalt unverzichtbar sind.

Illegalen Abfallexport jeglicher Art lehnt die F.D.P. in Übereinstimmung mit dem Baseler Übereinkommen ab.

Die F.D.P. setzt sich dafür ein, eine bessere Akzeptanz für notwendige Entsorgungsanlagen durch frühzeitige Einbeziehung der Bürger in die Entscheidungsfindung zu erreichen. Sachsen-Anhalt muß mit den vorhandenen ökologischen Altlasten leben. Die F.D.P. unterstützt die Forderung nach einer Rangigkeit der Abarbeitung von Sanierungsvorhaben. Die Sanierung ist deshalb nur schrittweise in Abhängigkeit von volkswirtschaftlichen Zielen (Sanierung von Industriebranchen zur Wiederansiedlung), ökologischen Gegebenheiten und den finanziellen Möglichkeiten von Land, Kommunen und Wirtschaft durchführbar. Die F.D.P. fordert für das Land Sachsen-Anhalt die Erarbeitung eines Bodenschutzprogramms. Der Boden ist nicht nur in seinen Funktionen für Wirtschaft, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Gartenbau zu schützen, sondern mehr und mehr in seiner eigentlichen Funktion als eine unserer wichtigsten Grundlagen des Lebens.

Verwirklichen Sie deshalb mit uns:

- den dringend erforderlichen Aufbau ökologischer und effektiver Entsorgungsstrukturen im Rahmen der Abfallwirtschaft des Landes.

- die hierzu notwendige Errichtung moderner Abfallentsorgungsanlagen, da Deponieraum kaum noch verfügbar ist und illegaler Abfallexport auszuschließen ist.
- einen vernünftigen, wirtschaftlich vertretbaren Umgang mit ökologischen Altlasten mit dem Ziel, Gefahren zu beseitigen und Sanierung in dem Maß zu realisieren, wie es der Belebung und Förderung der Investitions- und Ansiedlungspolitik dient.
- eine wesentlich verbesserte Bodennutzung durch Anpassung an die natürlichen Bedingungen, die Bodenqualität und Nutzungsarten.
- die Förderung der Biologie der Böden zum Zwecke des Erhalts der günstigsten Bodenstrukturen.
- die Vermeidung von Bodenverdichtungen, Abträgen und Minimierung der Humusanteile.
- die Stabilisierung stillgelegter Flächen durch entsprechende Maßnahmepläne.
- die Schaffung von Möglichkeiten für bäuerliche Betriebe, neben der Bewirtschaftung eigener Flächen im Landschaftspflegebereich zu arbeiten sowie
- die Rekultivierung der geschädigten Böden des Braunkohletagebaues und des Bergbaus im Mansfelder Land.

Natur- und Landschaftsschutz

Naturschutz ist überall. Er ist nicht an Grenzen jeglicher Art gebunden. Die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und der Artenvielfalt zählen zu den Lebensgrundlagen des Menschen und sind nachhaltig zu bewahren.

Um zu schützen und weiterzuentwickeln, verwirklichen Sie mit der F.D.P.:

- Es ist ein Netz von landschafts- und naturraumtypischen Schutzgebieten mit einer Fläche von 10 - 15 % der Landesfläche zu schaffen. Vorhandene Schutzgebiete sind zu pflegen und systematisch auszubauen, so u.a. die Naturparke Harz, Saale-Unstrut-Trias-Land, Dübener Heide, Biosphärenreservate Naturpark Drömling, Elbaue, Karstlandschaft Südharz, Projekte von gesamtstaatlicher repräsentativer Bedeutung - Naturschutzgebiet Untere Havel, Elbe und Naturschutzgebiet Selketal.
- Die Landschaftsplanung ist auf allen Planungsebenen weiter zu entwickeln und in die regionalen Entwicklungsprogramme einzubringen. Für die Bewertung von Eingriffen in die Natur und Landschaft sind flächendeckend für alle Landkreise und Städte Landschaftspläne zu erarbeiten.
- Der Arten- und Biotopschutz ist für Sachsen-Anhalt zielgerichtet zu entwickeln und auszubauen (Erfassung der Naturlandschaften, Erstellung von Artenhilfsprogrammen für ausgewählte Arten, Komplettierung der Roten Listen).

Umweltbewußtsein

Die vorsorgende Planung und Gestaltung unserer Umwelt erfordert die Entwicklung eines zukunftsorientierten Umweltbewußtseins, aus dem die Bereitschaft zum verantwortungsvollen Umgang mit allen Naturgütern erwächst.

Es muß uns gelingen, ein neues Denken zu entwickeln, das auch den Eigenwert der Natur berücksichtigt und im gesamten Lebensstil, besonders aber im Konsum- und Freizeitverhalten, seinen Ausdruck findet. Dann wird Umweltschutz nicht als Einschränkung, sondern als Verwirklichung verantwortbarer Lebensqualität begreifbar.

Verwirklichen Sie deshalb mit der F.D.P.:

- eine Strategie der Umwelterziehung, die den Interessen der verschiedenen Altersgruppen entspricht und alle Bildungsbereiche berücksichtigt.
- eine Erweiterung des freiwilligen ökologischen Jahres, um noch mehr jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, in den Bereichen des Umwelt- und Naturschutzes eine sinnvolle praktische Tätigkeit auszuüben.
- die Integration umweltrelevanter Sachverhalte in alle Ausbildungs- und Studienprogramme der beruflichen Umweltbildung.

Wohnungsbau - ein Dach über dem Kopf braucht jeder

Die Bewältigung der Wohnungsnot wird in Deutschland ein zentrales Thema der neunziger Jahre bilden.

Die Förderung des privaten Wohnungsbaues ist ein Selbstverständnis für Liberale. Dies wird jedoch durch lange Genehmigungsfristen der Kommunen erschwert, ja sogar verhindert.

Für den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern sollen von den Kommunen zukünftig nur ein Bebauungsplan und allgemeine Vorschriften für die Bebauung erlassen werden. Es stellt einen unnötigen Verwaltungsaufwand dar, sie auch noch über den geplanten Hausbau entscheiden zu lassen. Hier muß Architekten und Statikern mehr Freiraum gelassen werden. Diese müssen auch für eventuelle Folgeschäden haften. Für ausgewiesene Denkmalschutzgebiete soll dies jedoch nicht gelten.

Verwirklichen Sie mit der F.D.P.:

- Erhaltung, Modernisierung und Sanierung haben Priorität vor Neubau und Schaffung neuer Wohngebiete!
Denkmalpflege, Erhaltung und Wiederherstellung von Gebäuden, Plätzen und Häuserzeilen sollten über bestehende Vorschriften hinaus zum Grundsatz aller Planung gehören.
- Die Privatisierung von Wohnraum führt zu einer stärkeren Ausbildung von Eigentum und damit Eigenverantwortung für das Wohnumfeld, zum anderen ist dies der schnellste Weg, Kapital zu aktivieren, um Sanierungsmaßnahmen durchzuführen.
- Wohnraum darf nicht länger großzügig in Gewerberaum umgewidmet werden, da so die Innenstädte veröden, Bewohner längere Anfahrtswege haben und vor allem Wohnraum verlorenght.
- Vor der flächenverbrauchenden Ausweisung neuer Baugebiete ist die Bebauung vorhandener Baulücken voranzutreiben (dies gilt insbesondere für das sogenannte Industrieflächenrecycling). Das Bauen auf der "grünen Wiese" führt zu mehr Verkehr und einem Ausbluten der Innenstädte.
- Arbeiten und Wohnen dürfen nicht getrennt werden.
- Durch die schnellstmögliche Klärung offener Vermögensfragen sowie die Bereitstellung ehemals militärisch genutzten Geländes muß Bauland in größerem Umfang mobilisiert werden, was endlich zu einer Entlastung des Grundstücksmarktes und sinkenden Bodenpreisen führt.
- Zur leichteren Handhabbarkeit von Bauland werden Umlegungsausschüsse installiert.
- Der soziale Wohnungsbau wird weiterhin gefördert, wobei die Belegung strenger kontrolliert werden muß.

Neubaugebiete

Diese oft als Satellitenstädte angelegten Wohngebiete stellen einen ungeahnten sozialen Zündstoff dar. Sie zu verdammen hieße ignorieren, daß sie nach wie vor den Großteil des neueren Wohnungsbestandes darstellen und noch lange darstellen werden.

Für die Gesamtheit der Wohnviertel helfen schon einige kleinere Maßnahmen, das Wohnumfeld attraktiver zu machen.

Dazu zählen:

- Begrünung

Die Städte sollen diese Gebiete besonders in Neuanpflanzung von Sträuchern und Bäumen berücksichtigen. Im übrigen sollten die Kommunen beispielgebend vorangehen: Behörden wirken begrünt viel einladender.

- Freizeit- und Kommunikationsmöglichkeiten

In die Planung von Frei- und Kommunikationsflächen müssen die Anwohner unmittelbar mit einbezogen werden, da diese am besten wissen, was sie von ihrem Umfeld erwarten. Auch einfache Möglichkeiten (ein Basketballnetz an der Hauswand, eine Sanddüne) der Errichtung von Freizeitmöglichkeiten sollen genutzt werden. Aber auch für die älteren Anwohner sollen Möglichkeiten der Begegnung geschaffen werden, sowohl in unmittelbarer Nähe auch zu Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche, als auch separat.

In allen genannten Fällen einer Verschönerung dieser Gebiete sollen die Städte die Eigeninitiative der Anwohner und einheimischer Unternehmen weitgehend unterstützen. Hier soll regelmäßig die Meinung der Bewohner ausschlaggebend sein (beispielsweise zu erfragen in Einwohnerversammlungen) und nicht die eines städtischen Amtes/Dezernates!

Agrarpolitik - Landwirtschaft im Umbruch

Bei der Neuausrichtung der Agrarpolitik im Rahmen der Europäischen Union (EU) müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, daß die Landwirtschaft auch in Zukunft sowohl den wirtschaftlichen als auch den gesellschaftlichen Herausforderungen bestehen kann.

Dabei kann davon ausgegangen werden, daß die Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt nicht nur über günstige natürliche Standortbedingungen verfügt, sondern daß sie auch durch die größere Flächenausstattung der einzelnen Unternehmen Strukturvorteile hat.

Die Agrarpolitik der F.D.P. Sachsen-Anhalts ist darauf ausgerichtet, die landwirtschaftlichen Unternehmen bei der Nutzung dieser Vorteile zu unterstützen, um effizient und kostengünstig zu produzieren.

Verwirklichen Sie mit der F.D.P.:

- Zielsetzung ist eine unternehmerische, wettbewerbsfähige Landwirtschaft, die sich am Markt orientiert.
- Die Landwirtschaft muß weiterhin durch Erzeugung qualitativ hochwertiger Nahrungsmittel entsprechend den Wünschen der Verbraucher die Ernährung der Bevölkerung sicherstellen und den Bedarf an heimischen Biorohstoffen befriedigen. Sie erbringt gleichzeitig Dienstleistungen für die gesamte Gesellschaft durch Pflege der Kulturlandschaft und durch Erhaltung wichtiger Biotop.

- Die Landwirtschaft muß im Einklang mit der Natur wirtschaften. Ihre ökologische Bedeutung muß gestärkt werden, und ihre konkreten Leistungen müssen gefördert und honoriert werden.
- Die Land- und Forstwirtschaft sind und bleiben ein wichtiger Wirtschaftsfaktor insbesondere in ländlichen Räumen. Daher müssen die in der Landwirtschaft Beschäftigten Einkommen erzielen können, die sich leistungsgerecht in das allgemeine Einkommensniveau einfügen.
- Zur Erreichung dieser Ziele setzt sich die F.D.P. Sachsen-Anhalts für eine Vielfalt von leistungsfähigen landwirtschaftlichen Betrieben unterschiedlicher Rechtsformen - von den Einzelunternehmen bis zum mittelständischen Unternehmerbetrieb in der Rechtsform juristischer Personen - ein.
- Die F.D.P. betrachtet die Bauern, die nach der Wende in freier Entscheidung ihren Boden, ihr Kapital und ihre Arbeitskraft in Gemeinschaftsunternehmen eingebracht haben, als Mitunternehmer.
- Durch die Fördermaßnahmen der Bundes- und Landesregierung Sachsen-Anhalt müssen die verschiedenen landwirtschaftlichen Unternehmen bei ihrem nach wie vor schwierigen Umstrukturierungs- und Anpassungsprozeß unterstützt und wettbewerbsfähig gemacht werden. Bereitgestellte Fördermittel sind den Landwirten durch die Landesregierung in voller Höhe des vorgesehenen Finanzvolumens zur Verfügung zu stellen. Bei ihrer Vergabe ist Chancengleichheit zwischen selbständigen Landwirten und Mitunternehmern zu wahren.
- Die F.D.P. Sachsen-Anhalts tritt für eine standortgerechte Bewirtschaftung mit umweltverträglichen und tiergerechten Produktionsverfahren mit einem hinreichenden ökonomischen Gewinn ein. Dabei sollen gewachsene Agrar- und Forststandorte erhalten bleiben und die natürlichen Ressourcen ökologisch genutzt werden.
- Die F.D.P. Sachsen-Anhalts fordert, die landwirtschaftlich genutzten Treuhandflächen schnellstmöglich langfristig zu verpachten bzw. zu privatisieren. Dabei fordern wir von der BVVG, die Verpachtung der Treuhandflächen so durchzuführen, daß die Existenz bisheriger Pachtbetriebe - Mitunternehmerbetriebe - durch den Entzug bewirtschafteter Flächen nicht gefährdet ist und einheimische Landwirte konsequent bevorzugt werden.
- Die F.D.P. Sachsen-Anhalts setzt sich dafür ein, Milchreferenzmengen und Zuckerrübenquoten im angemessenen Verhältnis zu anderen Regionen festzusetzen und andere Produktionsobergrenzen abzubauen, um Standort- und Strukturvorteile Sachsen-Anhalts auszunutzen und um Benachteiligungen gegenüber anderen Regionen auszuschließen. In diesem Zusammenhang hat die Zuteilung der Milchquote unter dem Aspekt der Standortbedingungen der benachteiligten Gebiete zu erfolgen.
- Die F.D.P. Sachsen-Anhalts setzt sich für eine moderne Verarbeitungsindustrie für landwirtschaftliche Produkte ein. Dabei muß ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der mit hohem Einsatz von Investfördermitteln errichteten Verarbeitungskapazitäten, denen ungenügende Auslastung droht, und den Anlieferungen der Produzenten hergestellt werden. Deshalb sind einerseits Erzeugergemeinschaften, Vertragsproduktion und Kapitalbeteiligung der Produzenten an den Verarbeitungsunternehmen zu unterstützen.
- Im Rahmen der EU-Agrarreform sind langfristige Festlegungen zu treffen und abrechenbare landespflegerische Maßnahmen der Landwirte zu honorieren, wobei eine deutliche Abkehr von den Subventionspraktiken erfolgen muß.
- Die Landwirtschaft muß sich auf die Verbraucherinteressen, sowohl auf dem europäischen Markt als auch im unmittelbaren Umfeld des Produzenten, einstellen. Dazu unterstützt die F.D.P. auch die Entwicklung von Kapazitäten zur Lagerung, Be- und Verarbei-

- ... tung landwirtschaftlicher Produkte zu Spezialitäten beim landwirtschaftlichen Erzeuger.
- Die F.D.P. Sachsen-Anhalts setzt sich für die Einführung eines einheitlichen Herkunftszeichens für alle im Lande erzeugten landwirtschaftlichen Produkte ein, um dem steigenden Bewußtsein der Bevölkerung für Landesprodukte gerecht zu werden.
- Die F.D.P. Sachsen-Anhalts tritt dafür ein, daß die Landeslehr- und Versuchsanstalten ihre Beratung verstärkt an den Anforderungen der Umstrukturierung der Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft ausrichten.
- Die F.D.P. Sachsen-Anhalts fordert für die Agrarverwaltung die Durchsetzung der Grundsätze:
Bürgernähe, klar erkennbare Zuständigkeiten, sparsamer Umgang mit Steuermitteln.
- Nach Auffassung der F.D.P. Sachsen-Anhalts ist es erforderlich, Klarheit über die Rechtsnachfolge der ehemaligen Räte der Kreise im Zusammenhang mit den Kreispaachtverträgen zu schaffen.
- Der ländliche Raum ist als jahrtausendalte Kulturlandschaft, die der Hälfte unserer Bevölkerung Lebensraum und der gesamten Bevölkerung Erholung bietet, zu erhalten. Die Infrastruktur im ländlichen Raum ist zu entwickeln. Die Möglichkeiten der EG-Förderung aus dem Strukturfonds sind dazu voll zu nutzen.
- Der Schaffung von Arbeitsplätzen durch mittelständische und Kleinindustrie, Handel, Handwerk und Gewerbe sowie Freizeit und Sport im ländlichen Raum ist Priorität zuzuweisen. Private Initiativen sind auch auf den Aufbau eines modernen Telekommunikationssystems im ländlichen Raum zu richten.

Haushalt und Finanzen - Grundlage aller Programme

Damit künftige Generationen noch eigene Finanzentscheidungen treffen können, darf die öffentliche Verschuldung nicht höher sein, als die Summe, die in einem überschaubaren Zeitraum zurückgezahlt werden kann. Der Schuldenberg darf nicht die Sicht für die Zukunft versperren.

Oberster Grundsatz liberaler Finanzpolitik ist, die öffentlichen Mittel so sparsam und wirkungsvoll wie möglich einzusetzen.

Stabile Staatsfinanzen sind unverzichtbar. Wer diese will, darf aber nicht auf der Einnahmenseite beginnen. Steuererhöhungen sind kein Thema, wenn nicht vorher massive Einschnitte auf der Ausgabenseite durchgeführt wurden. Ohne eine konsequente Sparpolitik führt die Erhöhung der Abgabenquote zu einer weiteren Umverteilung vom privaten in den staatlichen Sektor.

Verwirklichen Sie mit der F.D.P.:

- Controlling in der Verwaltung

Durch Aufgabenkritik und Verwaltungsreform müssen die konsumtiven Staatsausgaben und Personalkosten verringert werden. Betriebswirtschaftliche Methoden müssen endlich in der öffentlichen Verwaltung Einzug halten.

- Revision der Staatsaufgaben, Privatisierung öffentlicher Leistungen

In den Zeiten knapper Kassen muß sich der Staat auf seine eigentlichen Aufgaben konzentrieren. Die öffentlichen Haushalte sind durch eine konsequente Privatisierungspolitik wirksam zu entlasten. Im Einzelfall muß die öffentliche Hand nachweisen, daß sie eine Aufgabe effektiver und wirtschaftlicher durchführen kann, als Private. Hieraus er-

geben sich neue Tätigkeitsbereiche für mittelständische Betriebe und Freiberufler.

- **keine Gebührenerhöhungen**

Der ständigen Verteuerung von Gebühren und Tarifen muß Einhalt geboten werden, da sie inzwischen eine der Hauptursachen der ständigen Erhöhung des Preisindex ist und damit inflationsbeschleunigend wirkt.

- **Subventionsrückbau**

Subventionen, die aus regionalpolitischen Gründen unumgänglich sind, dürfen nur zeitlich befristet und degressiv gewährt werden.

- **Private Finanzierungsmodelle für öffentliche Bauvorhaben**

Die in Sachsen-Anhalt anstehenden Infrastrukturinvestitionen können nicht von der öffentlichen Hand allein getätigt werden. Deshalb ist zur Finanzierung landeseigener Projekte verstärkt der Einsatz von privatem Kapital vorzusehen. Straßen, Kläranlagen, Hochschulen und sonstige öffentliche Einrichtungen können durch privat finanzierten Neubau schneller und günstiger entstehen.

- **Flexibilisierung des Haushaltsrechts**

Die Reform des Budgetrechts ist dringend erforderlich, um Sparsamkeit bei der Mittelverwendung zu belohnen, Verschwendung zu ahnden und ein sinnvolles Wirtschaften der öffentlichen Hand zu ermöglichen. Anhand von Pilotprojekten soll geprüft werden, wie durch eine Flexibilisierung des Haushaltsrechts (z.B. dezentrale Budgetierung) die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung gestärkt werden kann.

- **Überprüfung der Fördermechanismen der Europäischen Union und des Bundes**

Der finanzpolitische Spielraum des Landes und der Kommunen ist erheblich eingeschränkt durch einen hohen Anteil von Fördermaßnahmen der Europäischen Union und des Bundes, die das Land mit eigenen Mitteln komplementieren muß (z.B. 50 % bei der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"). Diese Förderpolitik ist insbesondere auf die besondere Situation der neuen Bundesländer zu verändern.

II. BILDUNG UND FORSCHUNG - UNSER ZUKUNFTSKAPITAL

Schule bringt Bildung und Erziehung

Die Entwicklung der individuellen Persönlichkeit, die Entfaltung und Förderung ihrer unterschiedlichen Anlagen unter dem Aspekt des sozialen Integrationsvermögens ist das Ziel der Liberalen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ein humanes leistungsorientiertes Schulwesen notwendig.

Verwirklichen Sie mit der F.D.P.:

- **Ganztagsangebote - Bildungschancen in einer veränderten gesellschaftlichen Umwelt**

Für Alleinerziehende und berufstätige Eltern sind Ganztagsangebote sowohl aus pädagogischen als auch aus familiären Gründen erforderlich.

Die F.D.P. setzt sich für optimale Bildungschancen aller Schulpflichtigen ein und fordert im gegliederten Schulsystem Ganztagsangebote mit qualifizierten pädagogischen Mitarbeitern im vom Land vorgegebenen organisatorischen und finanziellen Rahmen, mehr

Freizeitangebote als ein Mittel gegen Gewalt und Aggression und den Fortbestand der Hortbetreuung als Alternative zu Kindertagesstätten unter Beachtung des Bedarfs.

- **Das gegliederte Schulsystem sichern und weiterentwickeln**

Im gegliederten Schulsystem sieht die F.D.P. das individuell angepaßte Bildungsangebot für Schüler mit weitgefächertem Leistungsvermögen, z.B. müssen Hauptschulbildungsgang und Realschulbildungsgang durch praxisnahe Bildungsangebote berufsattraktiv werden. Unter Berücksichtigung der Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungsgängen fordern wir verstärkt Beratung für Schullaufbahnpfehlungen.

- **Die Gestaltung eines attraktiven Hauptschulbildungsganges**

Dieser Bildungsgang muß durch inhaltliche Ausgestaltung Schülern mit praktischen Fähigkeiten ein solides Rüstzeug für eine berufliche Ausbildung vermitteln. Der qualifizierte Hauptschulabschluß muß zum goldenen Schlüssel für eine Lehrstelle in einem Handwerksberuf werden.

- **Das Abitur nach 12 Schuljahren**

Neben der Breitenförderung steht die F.D.P. zur Eliteausbildung, wobei 12 Jahre zum Abitur in einem geeinten Europa zur Wettbewerbsfähigkeit nicht überschritten werden dürfen.

- **Förderung der beruflichen Ausbildung**

Die Liberalen fordern Bedingungen zu schaffen, damit jedem Jugendlichen eine qualifizierte Berufsausbildung ermöglicht werden kann. Es sind verstärkt Schulformen und Bildungsgänge zu entwickeln, die zur Fachhochschulreife führen. Es ist die lernorganisatorische Koordination von Berufsschule und Lehrbetrieb zu verbessern und die Planung und Durchführung der überbetrieblichen Ausbildung zu erleichtern. Außerdem muß in ausgewählten Berufsfeldern eine Pflichtfremdsprache eingeführt werden. Die F.D.P. unterstützt die Förderung benachteiligter Jugendlicher bei ihrer Eingliederung und setzt als Ziel, nach dem Besuch des Berufsvorbereitungsjahres die betreffenden Jugendlichen mindestens zu Teilfachabschlüssen für einzelne Berufe zu führen. Höchste Priorität haben Schulstandorte in überschaubaren Größen - mit 250 bis 1000 Vollzeit-schülern maximal - mit einem regional ausgewogenen Bildungsangebot (3 Schwerpunktberufsfelder) in den jeweiligen Schuleinzugsgebieten.

- **Sozialpädagogische Betreuung neben der Beschulung**

Vor allem im Berufsvorbereitungsjahr muß neben der Beschulung eine sozialpädagogische Betreuung der Jugendlichen gewährleistet werden, um zu erreichen, daß möglichst viele Schüler dadurch doch noch zum Hauptschulabschluß geführt werden können.

- **Sonderpädagogische Förderung orientiert sich an individuellen Bedürfnissen**

Die Liberalen wollen ein differenziertes Sonderschulwesen, das dem Förderbedarf des behinderten Kindes gerecht wird, und sie fordern verstärkt Ganztageseinrichtungen für diese Schüler. Die F.D.P. unterstützt die Integration behinderter Schüler in Regelschulen soweit sie zur bestmöglichen Förderung des einzelnen Kindes beiträgt. Die berufliche Eingliederung muß durch Sonderangebote erleichtert werden.

- **Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft**

Schulen in freier Trägerschaft leisten als Ersatzschulen und Ergänzungsschulen einen eigenständigen Beitrag der Erfüllung der allgemeinen öffentlichen Bildungsaufgaben. Sie sind eine wichtige Ergänzung und Erweiterung des Schulangebotes und entsprechen damit dem Grundanliegen der liberalen Politik.

Diese Schulen bedürfen unserer Unterstützung bei der Zuweisung geeigneter Gebäude und bei der Festbeitragsfinanzierung.

- Einstellungskorridor für junge Lehrer

Für junge Lehrer bestehen derzeit nur sehr begrenzte Möglichkeiten, in den Schuldienst zu kommen. Die F.D.P. fordert einen Einstellungskorridor für junge Lehrer, um eine ausgewogene Altersstruktur in den Lehrerkollegien aufzubauen und um die in der Ausbildung vermittelten wissenschaftlichen Erkenntnisse umsetzen zu können.

- Gleichbehandlung von Lehrern in Ost und West

Die Liberalen fordern die Gleichstellung der Abschlüsse von Lehrern und Erziehern in Ost und West. Das Anstellungsverhältnis der Lehrer soll dem der alten Bundesländer schnellstens angeglichen werden. Die F.D.P. fordert die zügige Durchsetzung der von der Kultusministerkonferenz in Greifswald beschlossenen Gleichwertigkeit der pädagogischen Berufsabschlüsse.

- Förderung des Schüleraustausches

Die F.D.P. wird sich weiterhin für die Fortführung und Entwicklung von Programmen für den europäischen Schüleraustausch und für die Bereitstellung der dafür erforderlichen finanziellen Mittel einsetzen.

Es ist Ziel der Liberalen, einer maximalen Anzahl von Schülern während ihrer Schulzeit einen Auslandsaufenthalt zu ermöglichen. Anzustreben ist das Leben in Gastfamilien, um Einblicke in Gesellschaft, Sprache und Kultur des jeweiligen europäischen Landes zu erhalten.

Wissenschaft und Forschung - Grundsteine für die Zukunft

Die Hochschulen und die Wissenschaft standen 1990, wie in den anderen neuen Bundesländern auch, mitten in einer schmerzlichen Strukturkrise. Vier Jahrzehnte verordneter Hochschulpolitik hatten der Wissenschaft und Forschung in ihrer Entfaltung Schaden zugefügt. In der ersten Legislaturperiode sind durch die CDU/F.D.P.-Regierungskoalition und besonders durch das liberal geführte Ministerium für Wissenschaft und Forschung die Grundlagen für eine gesunde und zukunftsorientierte Hochschulpolitik im Land Sachsen-Anhalt gelegt worden. Es wurde ein funktionsfähiges und mittelfristig zunehmend attraktiveres Hochschulsystem installiert.

Der deutsche Einigungsprozeß und die perspektivische europäische Gemeinschaft erfordern wesentliche formale und inhaltliche Strukturveränderungen des gegenwärtigen Bildungs- und Hochschulsystems. Der Wert der deutschen Universitäten und ihr guter Ruf muß weiterhin gesichert und gestärkt werden. Doch müssen die Hochschulen einen substantiellen Wandel vollziehen, um sowohl den Herausforderungen von heute und morgen gerecht zu werden als auch die Bildungsgesellschaft und die Forschungskapazität des Wissenschaftsstandortes Deutschland zu garantieren.

Sachsen-Anhalt befindet sich, wie auch die anderen neuen Bundesländer, noch in einer sehr angespannten wirtschaftlichen Situation. Das gesamte Bildungspotential des Landes muß deshalb konzentriert und effektiv für die Gestaltung eines attraktiven Hoch- und Fachhochschulstandort Sachsen-Anhalt genutzt werden. Eine regionale Abgrenzung führt mittelfristig zu einer Behinderung einer optimalen Entwicklung der Hochschulen unseres Landes.

Oberste Priorität muß das Begabten- und Leistungssystem haben, wobei alle möglichen Bildungswege offenzuhalten sind. Das Ziel sind offene Leistungseliten, die unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und den Umständen den Prinzipien des Leistungsvermögens und der Leistungsbereitschaft verschrieben sind. Bereits im frühen Stadium des Studiums,

möglichst bereits noch während der Schulzeit, muß eine zielgerichtete Begabtenförderung einsetzen.

Ein Vorteil der Universitäten Sachsen-Anhalts für die Studenten besteht gegenwärtig zweifellos in dem Ermöglichen des Abschlusses eines Studiums während der Regelstudienzeit. Dieser Aspekt ist bei der derzeitigen Situation bei Bewerbungen um eine Arbeitsstelle ein nicht unwichtiges Kriterium.

Es gilt, sich der Herausforderung Europa zu stellen und die nationale Eigenständigkeit bei Wahrung des föderalen Prinzips zu erhöhen.

Die Liberalen sind gegen eine Kompetenzverschiebung der Hochschulgesetzgebung vom Bund auf die Länder. Dieses würde die Einheit der Studienabschlüsse gefährden. Langfristig würde sich der Bund bei einer Kompetenzverschiebung aus der Hochschulfinanzierung zurückziehen, was die finanzschwachen neuen Bundesländer besonders hart trafe.

Verwirklichen Sie mit der F.D.P.:

- Die moderne Volkswirtschaft bedarf eines allgemeinen hohen, leistungsorientierten Qualifikationsniveaus der Bildungsträger ebenso wie spezifisch orientierte hochwertige Berufsausbildung. Um den Bildungs- und den Wissenschaftsstandort Deutschland in seiner bevölkerungspolitischen Bedeutung und internationalen Wertigkeit zu erhalten und auszubauen, ist mehr Geld in die Bildung zu investieren, als das bisher der Fall ist.
- Liberale fordern kürzere Studienzeiten zur Verbesserung der Chancen deutscher Hochschulabsolventen. Mit dem Hochschulgesetz liegen wir im Trend und bieten unseren Studenten die "Freischußregelung" und keine studienverkürzende Studiengebühren.
- Unsere Wissenschaftspolitik will eine Hochschullandschaft bauen, die die Hochschulen wieder an der Nahtstelle zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung installiert, denn Sachsen-Anhalt soll die Attraktivität des Bildungsstandortes Deutschland wesentlich mitbestimmen.
- Zur Bewältigung der vielfältigen Anforderungen der Zukunft ist die Eigenverantwortung der Hochschulen erheblich zu stärken, um mit differenzierten und zugleich umfassenden Studienangeboten rechtzeitig und angemessen auf die zeitgemäßen Forderungen zu reagieren. Der Grundsatz im Hochschulbereich muß lauten: Soviel Staat wie nötig, sowenig Staat wie möglich.
- Unkonventionelle Wege müssen zu einer stärkeren Leistungsmotivation an den Hochschulen führen. Möglichkeiten ergeben sich durch leistungsorientierte Anreize wie besondere Anstellungsbedingungen und materielle Ausstattungen. Die Orientierung sollte weg von den Massenuniversitäten zu kleinen, überschaubaren und individuell ansprechenden Studieneinheiten führen.
- Die Zugangsberechtigung zu einer Hochschule oder Universität wird mit dem Abitur erworben. Sie muß langfristig bei Wahrung von Leistungsprinzipien und persönlicher Eignung als Beurteilungskriterien erleichtert und von bürokratischen Hemmnissen befreit werden. Auch Fortbildungsabschlüsse sollen den Zugang zu einem fachlich gebundenen Hochschulstudium öffnen.
- Das Angebot spezifisch berufsorientierter Studiengänge eröffnet hierbei neue Wege, die keinen Zeitverlust beim Erwerb einer ebenso umfassenden wie berufsspezifischen Bildung eintreten lassen.
- Die Zukunft braucht eine grenzüberschreitende Mobilität der Hochschullehrer und Studierenden, der Lehre und Forschung. Diesem Gedanken dienen eine intensive Sprachförderung und eine attraktive Gestaltung des internationalen Studenten- und Hochschul-

lehreraustausches. Das Angebot von Lehrveranstaltungen in Fremdsprachen ist zu unterstützen.

- Der wissenschaftlichen Grundausbildung schließen sich für besonders befähigte Studierende Ergänzungsstudien und Promotionsstudiengänge sowie Weiterbildungsstudien an, wobei Frauen eine besondere Förderung erfahren sollen.
- Wiedereinsteigern und Berufsrückkehrerinnen sind spezielle Studienangebote zu unterbreiten. Deshalb ist die Frage der Kindertagesstätten hinsichtlich von Universitätskindergärten und studentischer Kinderbetreuung sowie flexibler Studiengestaltung zu durchdenken.
- Hochschulbildung und Studienangebote müssen in einem leistungsbezogenen Wettbewerb geführt werden, wobei Privatinitiative und freie Trägerschaft sowie Bildungsakademien zu fördern sind.
- Die Universitäten in Halle und Magdeburg sollen auch weiterhin entsprechend ihrer traditionellen Schwerpunkte Zentren der Hochschulausbildung und Forschung in Sachsen-Anhalt sein, angemessen gefördert und kontinuierlich zu modernen Stätten der Wissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland ausgebaut werden.
- Mit ihrer besonders engen Verzahnung von Theorie und Praxis sind die Fachhochschulen als anerkannte Form des berufsorientierten Studiums beschleunigt auszubauen. Neue, auf die Zukunft ausgerichtete Berufsbilder müssen die Grundlage für die Einrichtung entsprechender Studiengänge geben. Insbesondere sind die Möglichkeiten der Fachhochschulen zu angewandten Forschungen und Entwicklungen als ihr Spezialprofil auszubauen und in enger Verbindung besonders mit regionalen Wirtschaftsbetrieben die Industrieforschung zu fördern.
- Das starre Beamten- und Laufbahnschema muß zugunsten einer effizienteren und wettbewerbsfördernden Lehre und Forschung an den Hochschulen verändert werden. Selbst verwaltende Bürokratie ist in ein flexibles und weitgehend autonomes Hochschulmanagement zu überführen, der innovative Hochschulbau stärker marktwirtschaftlich zu orientieren und eine Umstellung der staatlichen Baugenehmigungsverfahren zu hochschuleigenen Hochbauämtern durchzuführen.
- Für besonders befähigte Studierende sollen Ergänzungsstudien und Promotionsstudiengänge sowie Weiterbildungsstudien anschließend an die wissenschaftliche Grundausbildung eingerichtet werden.
- Der akademische Mittelbau muß in angemessener Weise eine sowohl qualitative als auch quantitative Aufwertung erfahren. Er ist die Garantie für die Kontinuität einer Verbindung zwischen Hochschullehrern und der Studentenschaft und der inhaltlichen und methodischen Stabilität der Fakultäten. Er sollte in einem vertretbaren Anteil in unbefristeten Arbeitsverhältnissen belassen werden.
- Zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit wird in Wittenberg ein Institut für Zeitgeschichte gegründet.

III. STAAT UND GESELLSCHAFT - NEUORIENTIERUNG IN DER DEMOKRATIE

Liberaler Politik für junge Menschen

Zu den Aufgaben des Staates gehört es, auf die Sorgen und Nöte junger Menschen zu achten, insbesondere auch derer, die das Wahlalter noch nicht erreicht haben. Die Veränderungen der letzten Jahre, der schleichende Vertrauensverlust in dieses Staatswesen sowie Tendenzen wie Radikalisierung, Orientierungslosigkeit, Gewaltbereitschaft und die Abkehr von demokratischen Werten verlangen von der Gesellschaft neue Wege in der Jugendpolitik. Die Jugendlichen dürfen in dieser Situation nicht auf der Strecke bleiben, denn junge Menschen stellen die Zukunft unseres Landes dar.

Verwirklichen Sie mit der F.D.P.:

Jugendtreffs

Die F.D.P. fordert eine Erweiterung des bisherigen Angebotes an Jugendzentren/-treffs, welche soweit wie möglich von den Jugendlichen, unter Anleitung von haupt- bzw. ehrenamtlichen Mitarbeitern, in eigener Verantwortung organisiert, verwaltet und ausgestaltet werden. Damit die Jugendlichen dieser Verantwortung gerecht werden und einen Bezug zu ihren Räumen erhalten, müssen Jugendtreffs dezentral angelegt werden. Die offene Jugendarbeit soll den Jugendlichen ein pluralistisches Angebot zur Freizeitgestaltung eröffnen, aber gleichzeitig sollen auch Möglichkeiten zu Hilfestellung bei der Bewältigung von Alltagsproblemen bestehen (beratende bzw. unterstützende Jugendsozialarbeit). Das Land und die Kommunen geben den Jugendzentren die notwendige finanzielle und personelle Unterstützung.

Verwirklichen Sie des weiteren mit uns:

- Öffnung der Schulen in den späten Nachmittags- und Abendstunden, auch in den Ferien, für alle Kinder und Jugendlichen als Ort der Begegnung und Kommunikation; Organisation in Absprache zwischen Lehrkörper und Schülerrat.
- kinder- und jugendgerechte Angebote zur kreativen und kulturellen Betätigung in Museen, Theatern, Musik- und Kreativschulen sowie Bibliotheken.
- Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher in die Gemeinschaft, um Toleranz und Akzeptanz gegenüber fremden Kulturen zu fördern.
- Einbeziehung von Jugendlichen mit Behinderung in alle Formen der Freizeitgestaltung.
- Förderung von Jugendaustauschprogrammen; zu diesem Zweck müssen alte Städtepartnerschaften in Osteuropa neu belebt und neue internationale Verbindungen geknüpft werden.
- Unterstützung ehrenamtlicher Mitarbeiter in der Jugendarbeit durch Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung.

Die Entwicklungschancen von Jugendlichen müssen durch Förderung von Eigeninitiative, Mitwirkung und Selbstverantwortung verbessert werden. Der Vertrauensverlust in die Politik kann nur durch Transparenz politischer Entscheidungen und die Möglichkeit der Mitbestimmung behoben werden.

Verwirklichen Sie mit uns:

- Mitspracherecht und erweitertes Anhörungsrecht für den Landesjugendring und den Ring der Politischen Jugend (RPJ).
- ausreichende finanzielle Unterstützung der Jugendverbände.
- jährliche Herausgabe eines Jugendberichtes zur Situation der Jugend; JR und RPJ sollen die Möglichkeit haben, einen eigenen Anhang erarbeiten zu können.

Jugendsozialarbeit

Durch mobile Jugendarbeit (Streetworking) sollen von Ausgrenzung bedrohte Jugendliche angesprochen werden, um Arbeitslosigkeit, Alkohol- und Drogensucht sowie der Kriminalisierung vorzubeugen.

Verwirklichen Sie mit uns:

- Auseinandersetzung mit Jugendsekten durch Zusammenarbeit von Vereinen, Jugendamt, Erziehern und den Kirchen.
- Ausbau der Suchtberatung, Sicherstellung der Finanzierung und der personellen Ausstattung.
- Integration von schwererziehbaren Jugendlichen in die Gesellschaft durch Betreuung im sozialen Umfeld, statt Abschiebung in ein Ghetto.
- Förderung von Jugendwerkstätten und -bauernhöfen durch Kommune, Land und Arbeitsamt.

Jugendarbeitslosigkeit

Die wachsende Jugendarbeitslosigkeit ist eine der Hauptursachen für die Perspektivlosigkeit bei vielen Jugendlichen. Daher ist es dringend erforderlich, die gewerbliche Wirtschaft bei der Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen zu unterstützen, wobei einer umfassenden dualen Berufsausbildung der Vorrang eingeräumt werden muß.

Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz haben, müssen die Möglichkeit zur Ableistung eines freiwilligen sozialen Jahres bekommen. Das Ziel des sozialen Jahres ist eine berufsvorbereitende Beschäftigung, die dem Jugendlichen Perspektiven aufzeigen soll. Des Weiteren sind verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um Mädchen in allen Berufen zu etablieren.

Innen- und Rechtspolitik - Schutz der Demokratie

Über 30% der Bürger unseres Landes trauen sich nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr auf die Straße. Die F.D.P. nimmt die Befürchtungen und Ängste der Bürger sehr ernst. Als eine der Ursachen steigender Kriminalität wird Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit vermutet. Deshalb greift die F.D.P. an den Wurzeln durch ein umfassendes Wirtschaftsprogramm ein.

Doch auch mangelnde Polizeipräsenz wird beklagt.

Der Staat kann nicht für alle und alles verantwortlich gemacht werden, sondern auch die Verantwortung des Einzelnen ist gefragt.

Unser oberstes Ziel ist es, innere Sicherheit zu gewährleisten und Kriminalität konsequent zu bekämpfen.

Polizei**Verwirklichen Sie im Bereich der Polizei mit der F.D.P.:**

- eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Kontaktbeamten und Bevölkerung von 1:20.000 auf 1:10.000 vor allem in den Ballungsgebieten. Für die nördlichen Kreise mit ihrer dünnen Besiedlung kann der normale Maßstab nicht angewandt werden.
- eine Entlastung und Anerkennung des schweren und gefährlichen Dienstes der Polizeikräfte insbesondere durch:
 - die schnellstmögliche Besetzung aller freien Stellen im Bereich der Polizeiinspektionen und dadurch Reduzierung der Belastung durch ständige Sondereinsätze.
 - eine der Schwierigkeit und Gefahr angemessene Vergütung.
 - besondere Anerkennung operativer Aufgaben und Einsätze.
 - Erhöhung der Anfangsstufen.
 - eine zweigeteilte Beamtenlaufbahn ohne den mittleren Dienst.
 - Veränderung der Arbeitszeit durch geänderte Organisation.
 - eine stärkere Präsenz der Polizei zur vorbeugenden Bekämpfung der Alltagskriminalität.
 - moderne Ausbildung und Ausrüstung der Schutz- und Kriminalpolizei.
 - verbesserte Ausstattung der Polizei, u. a. durch forcierten Technikeinsatz im PC-Bereich.

Besonders wichtig ist uns die Veränderung des angegriffenen Ansehens der Polizei in den Augen der Bevölkerung:

Dieses kann nur geschehen, wenn das Image des Polizeibeamten gehoben wird.

Deshalb verwirklichen Sie mit der F.D.P.:

- eine umfangreiche Qualifizierung der Beamten.
- höhere Präsenz der Polizei im Straßenbild als ein unverzichtbares Element.
- eine klare Abgrenzung zwischen Verfassungsschutz und Polizei.

Organisierte Kriminalität

Die organisierte Kriminalität agiert international.

Deshalb verwirklichen Sie mit der F.D.P.:

- einen weiteren Kompetenzzuwachs der "Europol".
- ein Aufbau einer europäischen Akademie für Polizeiführungskräfte.
- den Ausbau der Ausbildungskapazitäten der Polizeiakademien, insbesondere auch für internationale Lehrgänge.
- die Aufnahme von Ausländern in den Polizeidienst.

Prävention und Bürgerbeteiligung

Weiterhin legen wir Wert auf einen Aufbau der Prävention mit entsprechender Bürgerbeteiligung. Neben den Maßnahmen der Polizei muß auch ein gesellschaftliches Klima geschaffen werden, daß Straftaten und Straftäter verhindert werden.

Verwirklichen Sie mit der F.D.P.:

- Es muß Schluß sein mit der Interessenlosigkeit an der Anzeige von Straftaten und Tätern.
- Tatgelegenheiten werden systematisch abgebaut.

- Industrie und Versicherungen sind zu zwingen, die Belange der Sicherheit nicht als Umsatzfaktor zu betrachten, sondern in den Prozeß der Vorbeugung einzubeziehen (Autosicherungen).
- Die Beachtung sicherheitstechnischer Belange auch bei Baumaßnahmen wird durchgesetzt.
- Die Präsenz der polizeilichen Beratungsstellen muß erhöht werden.

Private Sicherheitsdienste

Dringend geboten ist eine deutliche Abgrenzung zwischen der Polizei, dem staatlichen Gewaltmonopol und privaten Wach- und Sicherheitsdiensten.

Letztere sollten sich auf reine Bewachungsaufgaben konzentrieren.

Der ordnungspolitische Rahmen, in dem sich private Sicherheitsdienste bewegen, muß klar definiert werden.

Es darf aber keine zweigeteilte Sicherheit geben, die sich nach dem Geldbeutel richtet.

Verfassungsschutz

Die F.D.P. lehnt den Einsatz des Verfassungsschutzes im Vorfeld der Kriminalitätsbekämpfung ab. Eine Aufgabenwahrnehmung des Verfassungsschutzes bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität widerspricht dem Trennungsgebot von Polizei und Nachrichtendiensten.

Justiz

Der Rechtsstaat hat schweren Schaden genommen, da er zur Zeit vorrangig die Täter schützt und sich nicht mit der gleichen Aufmerksamkeit der Geschädigten annimmt; dieses wird sich ändern.

Konsequenter Ermittlung und Verfolgung muß auch die gerechte Bestrafung folgen.

Mitte 1995 wird die Bearbeitung der Rehabilitierungen nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz abgeschlossen sein. Damit hat Sachsen-Anhalt eine Spitzenposition unter den fünf neuen Bundesländern erreicht.

Verwirklichen Sie mit der F.D.P.:

- die konsequente Anwendung der vorhandenen Gesetze und Straftatbestimmungen, nicht nur gegen Rechtsextremisten, sondern auch gegen allgemeine Kriminalität.
- die sofortige Besetzung der freien Richter- und Staatsanwaltschaften.
- die schnelle Arbeitsfähigkeit der Landwirtschaftsgerichte. Bei der Auswahl der Schöffen ist auf die paritätische Zusammensetzung aus Einzel- und Mitunternehmern zu achten.
- die zügige Umsetzung des 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes nach seiner Verabschiedung durch den Bundestag.

Der Rechtsstaat ist solange unglaubwürdig, wie er Strafverfolgung einerseits an geringfügigen Formalien scheitern läßt und zum anderen seinen Ehrgeiz daran setzt, Ordnungswidrigkeiten und geringfügige Verstöße zu ahnden.

Eltern und Schule

Neben all den obigen Maßnahmen sind in der heutigen Zeit besonders die Eltern gefordert,

ihren Kindern die gewaltlose Lösung von Problemen und Aggressionen vorzuleben und anzuerziehen.

Die Schule ist nicht der Reparaturbetrieb der Gesellschaft.

Stasiunterlagengesetz

Die F.D.P. setzt sich dafür ein, daß die sogenannten Stasiakten der Bevölkerung weiterhin zugänglich bleiben.

Sozialpolitik - Hilfe jenen, die ihrer bedürfen

Gesundheit

In den letzten Jahren wurde eine völlig neue Organisation der medizinischen Betreuung in Sachsen-Anhalt eingeführt. Der Übergang geschah im wesentlichen ohne Beeinträchtigung der Behandlung. Die Umstrukturierung erfolgte zu einer Zeit, in der in den alten Bundesländern deutliche Finanzierungsschwierigkeiten zu erkennen waren (steigende Beitragssätze bei den gesetzlichen Krankenversicherungen). Die Folge war die Verabschiedung des Gesundheitsstrukturgesetzes im Jahre 1992. Die im Zuge des Gesetzes erfolgte Budgetierung ärztlicher Leistungen hat den Umstrukturierungsprozeß in den neuen Bundesländern ganz erheblich erschwert und erschwert ihn noch.

Aufgabe ist es, zu dauerhaft tragfähigen Strukturen zu kommen, die jedem Bürger eine medizinisch notwendige Versorgung gewährleisten.

Verwirklichen Sie mit der F.D.P.:

- eine Umstrukturierung der gesetzlichen Krankenversicherungen hinsichtlich Finanzierung und intensiven Wettbewerbs.
- die Abschaffung der Budgetierung ab 1996, da sie auf Dauer leistungs- und innovationsfeindlich ist.
- größere Wahlmöglichkeiten der Patienten bei der Inanspruchnahme medizinischer Leistungen hinsichtlich der Wahl zwischen Sachleistungen und Kostenerstattungen.
- Ausbau der ambulanten Versorgung, speziell im operativen Bereich.
- Förderung von Gemeinschaftspraxen und Praxisgemeinschaften im Interesse der besseren ärztlichen Versorgung der Bürger. Dazu bedarf es der Modifizierung der Zulassungsbegrenzungen für Ärzte, um solche Gemeinschaften realisieren zu können.
- Aufwertung der ambulanten ärztlichen Tätigkeit im allgemeinärztlichen und ambulant-operativen Bereich mit der Notwendigkeit der Aufbesserung des stark abgesenkten Punktwertes.
- die verstärkte Unterstützung von Selbsthilfegruppen sowohl finanziell als auch durch ärztlichen Rat.
- größere Einflußmöglichkeiten der Kassen und Leistungserbringer hinsichtlich der Standortauswahl von Krankenhäusern.
- eine Vielfalt bei der Trägerschaft von Krankenhäusern bei Wahrung einer flächendeckenden Versorgung.

Alte Menschen

Grundvoraussetzung für ein sorgenfreies Alter ist die Sicherheit des Bezugs einer Rente, die durch lebenslange Beitragszahlungen erworben wurde.

Verwirklichen Sie mit der F.D.P.:

- die Garantie des im Laufe des Lebens erworbenen Rentenanspruchs.
- die Verhinderung des Mißbrauchs des Rentenrechts als Strafrecht, wie es z.Zt. praktiziert wird.
- die Durchsetzung einer weiteren Novellierung des Rentenrechts durch den Bundestag im Interesse einer endgültigen Beseitigung von Rentenungerechtigkeiten.
- 1994 soll jeder Antragsteller seinen endgültigen Rentenbescheid erhalten.
- Jeder Neuantrag muß innerhalb eines Zeitraumes von 6 Monaten bearbeitet werden.
- Private Finanzierungen von Alters- und Pflegeheimen und altersgerechtem Wohnraum sind verstärkt zu fördern.
- Sozialstationen und Kurzzeitpflege im stationären Bereich sollen die Möglichkeiten des Verbleibs in der eigenen Wohnung verlängern.
- Ein- und Zweibettzimmer sind in Alten- und Pflegeheimen verstärkt anzubieten.
- Die psychische und sozialtherapeutische Betreuung alter Menschen muß verbessert werden.

Behinderte

Liberalen Grundsätzen entspricht es, daß jedem in der Gesellschaft entsprechend seinen psychischen und physischen Fähigkeiten die Möglichkeit gegeben wird, aktiv an ihrer Gestaltung mitzuwirken.

Verwirklichen Sie deshalb mit der F.D.P.:

- in Wirtschaft und Verwaltung jede Möglichkeit wahrzunehmen, um Behinderten einen Arbeitsplatz zu vermitteln.
- bei der infrastrukturellen Umstellung unserer Städte und Gemeinden grundsätzlich die Bedürfnisse der Behinderten zu berücksichtigen.
- bei der Planung und Durchführung politischer, kultureller, sportlicher und anderer Veranstaltungen den Bedürfnissen der Behinderten Rechnung zu tragen.
- Wo immer möglich, sollte im Einzelfall entschieden werden, ob in Kindertagesstätten oder Schulen integrative Erziehung möglich ist.

Frauen- und Familie - Seele der Gesellschaft

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 1994 zum Internationalen Jahr der Familie erklärt. Damit soll in allen Ländern eine Stärkung für die Bedeutung der Familie und eine Verbesserung des Stellenwertes der von Familien für die Gesellschaft erbrachten Leistungen erreicht werden. Hierzu bekennt sich die F.D.P. Ergebnis ihres politischen Einsatzes für neue Wege in der Familienpolitik im Land Sachsen-Anhalt sind beispielsweise das Kindertagesstättengesetz und das Unterhaltsvorschußgesetz.

Der gesellschaftlichen Entwicklungstendenz des Aufbrechens herkömmlicher Familienstrukturen tragend, ist das liberale Verständnis einer progressiven Familienpolitik davon geprägt, denen zu helfen, die unserer Hilfe bedürfen: Alleinstehenden, Kinderreichen, Menschen die Pflege bedürfen.

Verwirklichen Sie mit der F.D.P.:

- die Sicherung des Rechtsanspruchs auf einen Kindertagesstättenplatz in Sachsen-Anhalt sowie die entsprechende finanzielle Beteiligung des Landes gemäß Kindertagesstätten-gesetz.

- Schaffung von Voraussetzungen für die verstärkte Einbeziehung freier Träger und zur Einrichtung alternativer und bezahlbarer Betreuungsmöglichkeiten, z.B. durch Elterninitiativen, Tagesmütter o.ä.
- Flexible Arbeitszeiten nicht nur im öffentlichen Dienst dienen der Wirtschaftsentwicklung und der Familie. Steuerliche Vergünstigungen für Kinderbetreuung - unterstützende Maßnahmen sollen eingeräumt werden.
- Eine Veränderung der steuerlichen Gesetzgebung, die Familienpolitik betreffend, unter Zugrundelegung des Primates der Leistungsanerkennung, hält die F.D.P. für dringend erforderlich. Grundlage ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 7.7. 1992, das "Gerechtigkeitsdefizite zu Lasten kindererziehender Personen" festgestellt hat. Nicht der Trauschein darf sich steuerlich begünstigend auswirken, sondern die Anzahl der in einer Familie lebenden Kinder. Das zur Zeit praktizierte Ehegattensplitting ist ehfreundlich, aber kinder- und familienfeindlich. Außerdem fordert die F.D.P. die Überarbeitung der Anerkennung von Pflege- und Erziehungszeiten im Rentenrecht.
- Schaffung familienfreundlicher und bezahlbarer Wohnbedingungen durch geeignete Förderung.
- Gewalt gegenüber Schwächeren in der Gesellschaft, insbesondere gegenüber Frauen und Kindern, wird verstärkt entgegengewirkt. Körperliche Gewalttätigkeiten sind häufig kombiniert mit psychischen Mißhandlungen. Gewaltopfer brauchen Hilfe, die ihnen gewährt werden kann in Frauenhäusern, Einrichtungen mit betreutem Wohnen für Kinder und Jugendliche, Selbsthilfegruppen. Die weitere Unterstützung und Förderung solcher Einrichtungen, wie auch von entsprechenden Vereinen und Initiativgruppen, hält die F.D.P. für ebenso wichtig wie eine wirksame Prävention, die nur erfolgen kann, wenn auch die Täter mit einbezogen werden.

Die F.D.P. wird auch weiterhin an ihren Bemühungen, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft zu verwirklichen, festhalten. Sie setzt sich dafür ein, daß Verfassungsgebot und Wirklichkeit einander nähergebracht werden.

Hauptanliegen der Frauenpolitik der F.D.P. ist die Umsetzung der Chancengleichheit der Frauen im gesellschaftlichen Leben. Einen besonderen Schwerpunkt sehen wir in unterstützenden Maßnahmen in der Arbeitsmarktpolitik. Fast jede vierte Frau in Sachsen-Anhalt ist arbeitslos. Einerseits sollen besondere Fördermaßnahmen diesem nicht haltbaren Zustand begegnen, andererseits sieht die F.D.P. auch die Aufgabe, Selbständige und Existenzgründerinnen zu unterstützen.

Verwirklichen Sie mit der F.D.P.:

- Neben finanzieller Förderung für Existenzgründerinnen müssen Informationsdefizite abgebaut und Beratungsangebote erweitert werden. Hilfe zur Selbsthilfe ist das Motto.
- Flexiblere Arbeitszeitmodelle wie z.B. die durch das Frauenfördergesetz des Landes geforderte gleitende Arbeitszeit oder die Ausschreibung sämtlicher Stellen auch als Teilzeitarbeitsplatz im öffentlichen Dienst Sachsen-Anhalts sind Möglichkeiten, vermehrt Frauen wieder in den Arbeitsprozeß einzubinden. Zudem sollen solche Arbeitszeitmodelle auch Vorbildwirkung auf private Arbeitgeber haben.
- Mädchen sollen nicht auf typische Frauenberufe fixiert bleiben, sondern überall, wo möglich, ihre Chance suchen, wobei auch die Arbeitgeber die Angebote für Frauen erweitern sollen.
- Die Fördermaßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen für alleinerziehende, ältere und teilzeitarbeitende Frauen werden ausgebaut.

Kultur und Medien - Leben heißt mehr als nur Arbeit

Kultur ist die Sprache des Volkes. Stirbt sie, verstummt das Volk.

In der Zeit einer angespannten Haushaltslage steigt die Versuchung, Leistungen zu streichen, die nicht zum unmittelbar Lebensnotwendigen gehören. Schnell wird dabei der Kulturbereich betroffen. Die Verarmung des kulturellen Umfeldes wird meist zu spät bemerkt und ist nur mit ungleich größerem Einsatz rückgängig zu machen, als das Vorhandene zu erhalten und umzugestalten. Liberale Kulturpolitik setzt neben staatlicher Förderung auf Sponsoren aus der Wirtschaft, private Mäzene, Fördervereine und Stiftungen.

Die sich neu entwickelnde Rundfunklandschaft ermöglicht durch ihre Vielfalt ein breites Informationsangebot, bringt aber zugleich mehr Verantwortung für die Anbieter, um jugend- und gesellschaftsgefährdende Einflüsse auszuschalten.

Die Chance des Konsumenten ist der Ausschaltknopf, denn der Staat kann und soll nicht alles regeln.

Verwirklichen Sie mit der F.D.P.:

Entwicklung der Erlebnisfähigkeit

Auch die interessantesten kulturellen Angebote werden nicht die beabsichtigte Wirkung erzielen, solange viele Menschen nicht schon in ihrer Jugend gelernt haben, Kunst bewußt und mit innerem Gewinn zu rezipieren bzw. selbst künstlerisch tätig zu werden.

An den Schulen Sachsen-Anhalts ist der kulturellen Allgemeinbildung ein ihr gebührender Rang einzuräumen.

Dafür fehlen zur Zeit die erforderlichen Lehrkräfte.

- In unserem Land gibt es andererseits eine Vielzahl von freischaffenden Künstlern, die ein "zweites Standbein" für die Sicherung ihres Lebensunterhaltes benötigen. Fortbildungskurse an wissenschaftlichen Ausbildungseinrichtungen sollen diesen Künstlern ermöglichen, qualifizierte Lehr- und Übungstätigkeiten im sozialen, pädagogischen und therapeutischen Bereich auszuüben.
- An künstlerischen Ausbildungseinrichtungen sollen Studiengänge für Kunstpädagogen neu eingerichtet werden.
- Die künstlerisch-kulturelle Allgemeinbildung muß in allen Fachdisziplinen der Lehrerbildung wesentlichen Stellenwert gewinnen.

Förderung der bildenden, angewandten und darstellenden Kunst

- Wir werden für Sachsen-Anhalt ein Gesetz zur Förderung von Kunst und Kultur, das die Landesregierung z.B. zur regelmäßigen Berichterstattung verpflichtet, verabschieden.
- Zukünftig sollen "Dachorganisationen" des Landes, wie z.B. der Museumsverband Sachsen-Anhalts und der Friedrich-Bödecker-Kreis, institutionell gefördert werden.
- Für landestypische überregionale Objekte und Projekte, wie z.B. die großen Theater Halle, Dessau und Magdeburg, das Philharmonische Staatsorchester oder die Händel- bzw. Telemann-Festspiele, muß es eine langfristige Finanzplanung und -absicherung geben. Vorrangig sollen dabei neue Formen des Managements gefunden werden, z.B. als GmbH.
- Anzustreben ist eine Liberalisierung des Zuwendungsrechts der öffentlichen Hand und

damit die stärkere wirtschaftliche Eigenverantwortung der Theaterbetriebe.

- In Sachsen-Anhalt sollten sich im Süden, in der Mitte und im Norden kooperative Theaterverbände bilden.
- Die kulturelle Entwicklung und "Versorgung" des Landes sollte geographisch "ausgewogen" erfolgen. Das bestehende Nord-Süd-Gefälle muß abgebaut werden. So ist im Norden unseres Landes z.B. ein regelrechtes Orchester-Vakuum entstanden, das zur Sorge Anlaß gibt.
- In Sachsen-Anhalt wird eine Hochschule für Musik und Theater gegründet.
- Die Wirtschaft, der Handel, das Gewerbe besinnt sich auf kulturelle Traditionen und erreicht eine Steigerung der Lebensfreude der Bevölkerung und deren Identifikation zu den Regionen.

Freizeit- und Heimatkultur

- Dringend benötigt wird die vom Kultusministerium immer wieder hinausgeschobene Schaffung eines Landesdenkmalrates.
- Museen, Tiergärten u.a. Begegnungsstätten in den Kommunen werden durch die Möglichkeit gezielter Sponsoren der Region am Leben erhalten; die F.D.P. setzt sich für eine abrechenbare Sponsorenpolitik des Mittelstandes ein.
- Kulturkreise, Vereine erhalten eine Förderung durch Land und Kommunen, um den Traditionsrahmen der einzelnen Regionen zu beleben.
- Durch intensive pädagogische Arbeit in den einzelnen Regionen soll im Heimatkundeunterricht das "Heimatgefühl" bei den jungen Menschen gefördert werden; dabei ist auf die regionale Kulturlandschaft im Umkreis Wert zu legen.
- Nicht in Landesförderungen festgelegte Baudenkmale werden durch eine gezielte Unterstützung der Kommunen am Leben gehalten. Die F.D.P. setzt sich für eine Teilprivatisierung von derartigen Objekten ein; durch die Mittelbehörden in Zusammenarbeit mit dem Denkmalschutz müssen Fördermaßnahmen zur Erhaltung und zum Bestand erarbeitet werden.

Förderung des Sports

Die Verankerung des Sports in der Verfassung von Sachsen-Anhalt ist ein Zeichen für die hohe Wertschätzung des Sports in unserem Bundesland.

Die F.D.P. sieht in der Unterstützung des Sports einen Weg zur Stärkung liberaler Grundideen. Sport wird für unsere ständig stärker technisierte Gesellschaft immer lebensnotwendiger. Dies gilt aufgrund seines steigenden Wertes in der Daseinsfürsorge und Daseinsvorsorge, seiner pädagogischen Wirkungen, seiner vitalen Funktionen und seiner sozialen Bindekraft und nicht nur wegen seines quantitativen Wachstums.

Spiel, Sport und Bewegung helfen dem Menschen wie in keiner Zeit zuvor,

- faire Verhaltensweisen und Toleranz einzuüben,
- sich gesellschaftlich leichter zu integrieren,
- seine Lebenssituation besser zu bewältigen,
- seine Gesundheit, sein Wohlbefinden und seine Lebensfreuden zu erhöhen und
- seine Freizeit sinnvoll zu gestalten.

Der Sport kann außerdem Erlebnisse schaffen, die das ganze Leben bereichern, zur Unterhaltung breiter Bevölkerungskreise beitragen und darüber hinaus Staat und Gesellschaft repräsentieren. Er entfaltet über die Landesgrenzen hinaus und speziell für ein vereintes Europa vielfältige Integrationsmöglichkeiten.

Verwirklichen Sie deshalb mit der F.D.P.:

- daß Länder und Gemeinden den Sport durch geeignete Fördermaßnahmen unterstützen. Im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren müssen die Belange des Sports stärkere Berücksichtigung finden.
- daß die ehrenamtliche Tätigkeit im Sport aufgewertet und von bürokratischen Hemmnissen entlastet wird.
- daß eine dauerhafte Konzeption für den Interessenausgleich zwischen Sport und Umweltschutz u.a. in Bauplanung, Baunutzung, Raumordnung und Nachbarschaftsrecht entwickelt wird.
- daß in den Gemeinden für die Nutzung von Sportanlagen für Vereinsaktivitäten keine Gebühren erhoben werden.
- daß Vereine von Steuern und Abgaben entlastet werden.

Die F.D.P. bekennt sich zum Spitzensport, denn er entspricht dem Grundgedanken unserer freiheitlichen Gesellschaft von Leistung und Wettbewerb.

Wir lehnen alle Versuche, das Leistungsvermögen mit verbotenen Mitteln zu erhöhen (Doping), ab.

Die F.D.P. begrüßt privatwirtschaftliches Engagement auch auf dem Gebiet des Sports. Kommerzielle Sportangebote bilden für viele - an sportlichen Aktivitäten Interessierten - eine Erweiterung und Ergänzung der Sportmöglichkeiten.

Die F.D.P. fördert weiterhin den Breitensport, den Sport im Kindergarten, in den Hochschulen und Universitäten sowie den Behinderten- und Seniorensport.

Die F.D.P. will,

- daß der Schulsport als unverzichtbarer Teil der Bildung und Erziehung stärker als bisher gefördert und vor Rückschritten bewahrt wird. Sport soll ein wichtiger Bestandteil des Schullebens sein.
- daß es kurzfristig möglich sein wird, wöchentlich mindestens 3 Stunden Sport zu teilen.
- daß Sport den anderen Fächern gleichgestellt und die Zusammenarbeit zwischen Schule und Verein verbessert wird.

Kultur, Wohnen und Umwelt

- Wohnumfeld, Sanierung in den einzelnen Regionen haben auf der Grundlage der Traditionen stattzufinden. Die F.D.P. ist gegen eine Uniformierung des Wohnumfeldes.
- Kulturlandschaft und Landschaftsschutz bilden eine Einheit in ihrer Darstellung; die F.D.P. setzt sich für diese ein.

Medien

- Regionaler Hörfunk und regionales Fernsehen; Stadt- und Regionalsender erhalten eine Bedeutung in der kulturellen Verbreitung über das elektronische Medium. Die F.D.P. setzt sich für eine Novellierung des Gesetzes über den privaten Rundfunk in Sachsen-Anhalt ein, um kommerzielle Stadt- und Regionalsender zuzulassen. Die regional begrenzte Sendekapazität dieser Sender stärkt das Kultur- und Wirtschaftsverständnis zu den Regionen.
- Durch Regionalanbieter verbessern sich die Werbemöglichkeiten für einheimische mittelständische Unternehmen.
- Aus den Medien muß endlich die Verherrlichung von Gewalt verschwinden.

Kommunalpolitik ist Bürgernähe

Für Liberale ist gemeindliche Selbstverwaltung die wesentliche Grundlage der Demokratie.

Freie Demokraten wehren sich dagegen, daß Bund und Land die Selbstverwaltung der Gemeinden immer mehr durch vorweggenommene Entscheidungen und Eingriffe aushöhlen und durch Auflagen und Bedingungen bei finanziellen Zuwendungen die Gemeinden in ihre Abhängigkeit bringen.

Der Bürger hat Anspruch auf eine sparsame, schnell und wirksam arbeitende Verwaltung. Eine Überprüfung und Neuordnung der Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern, Kreisen und Gemeinden ist dringend notwendig.

Struktursicherung und Strukturaufbau haben in den Gemeinden, Landkreisen und Regionen oberste Priorität. Das gilt vor allem für die Revitalisierung der Innenstädte und der regional gesehen traditionellen Industrie- und Gewerbestandorte. Dabei müssen nicht Planungsfehler und Kurzichtigkeiten westdeutscher Infrastruktur- und Gewerbeansiedlungspolitik wiederholt werden. Stichworte dazu sind: Gewerbeparks, Baumärkte, Handelszentren auf der grünen Wiese, Totalzersiedlung der Landschaft, Konkurrenz der Gemeinden um überörtliche Großprojekte, Konzentration von Dienstleistungen und des kulturellen Angebotes in wenigen Großzentren. All das sollte im Sinne einer wirtschaftlich stabilen und zugleich zukunftsfähigen Entwicklung der Gemeinden in unserem Land vermieden werden; sofern dies noch möglich ist.

Verwirklichen Sie mit der F.D.P.:

- mehr direkte Einflußmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger auf kommunalpolitische Entscheidungen.
- eine Funktionalreform, die die kommunale Selbstverwaltung durch konsequente Verlagerung von staatlichen Aufgaben auf die Kommunen stärkt und die den Grundsätzen der Einheit und der Einräumigkeit der Verwaltung Rechnung trägt.
- klare Regelungen der Zuständigkeiten der Landkreise und Gemeinden.
- daß die Kommunen über einen autonomen Handlungs- und Entscheidungsspielraum verfügen.
- eine sachgerechte Übertragung weiterer Verwaltungszuständigkeiten auf die bürgernahe Kommunalverwaltung.
- Investitionshemmnisse, wo immer es geht beseitigen, um den wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozeß zu beschleunigen und Arbeitsplätze zu sichern.
- bei Bebauungsplanverfahren die zu beteiligenden Behörden auf ein Minimum zu beschränken.
- daß die private Initiative wieder Vorrang vor der öffentlichen Leistung erhält.
- daß mit öffentlichen Geldern sparsam umgegangen wird.
- daß die Gemeinden frei von staatlicher Gängelung und Bevormundung Leistungen anbieten können.
- daß im Bildungs-, Kultur-, Sozial- und Sportbereich bei finanziellen Zuwendungen des Bundes und des Landes keine Auflagen und Bedingungen gemacht werden, die die Entscheidungsfreiheit der Kommunen einengen.
- die zielgerichtete Privatisierung möglichst vieler öffentlicher Dienstleistungen, sofern ihre Vorteile mit schlüssigen Konzepten belegt sind und private Anbieter diese Leistungen günstiger erbringen.
- eine konsequente Privatisierung von angemessenen Teilen des Wohnungsbestandes der

städtischen Wohnungswirtschaftsunternehmen, wobei den Mietern grundsätzlich der Vorrang im Privatisierungsprozeß einzuräumen ist.

- eine Entlastung der öffentlichen Haushalte durch Wegfall gegenwärtig nicht finanzierbarer kommunaler Dienstleistungen (ist in jedem Fall eine Entscheidung nach Einzelprüfung).
- öffentliche soziale Aufgaben vorrangig an freie Träger zu übergeben.
- die Erhaltung und Verstärkung der Einnahmehoheit der Gemeinden, z. B. über die Gestaltung der Hebesätze und Kommunalsteuern.
- die schrittweise Abschaffung der Gewerbesteuer und die Beteiligung der Gemeinden an der Mehrwertsteuer und der Einkommenssteuer (mit eigenem Hebesatzrecht).
- einen angemessenen Anteil der Haushaltsmittel des Landes für den kommunalen Finanzausgleich und die Beschränkung der zweckgebundenen Zuweisungen innerhalb des Ausgleichs.
- eine Klärung der Altschuldenproblematik auch für die kommunalen gesellschaftlichen Einrichtungen, die nicht nur auf dem Rücken der Gemeinden und Landkreise ausgetragen werden darf.
- eine volle Erstattung der Ausgaben des übertragenen Wirkungskreises, die den Gemeinden vom Bund oder vom Land neu übertragen werden.
- die Veröffentlichung der Prüfberichte des Landesrechnungshofes oder der zuständigen Prüfbehörde und die konsequente Behebung und Beseitigung der Mißstände, die bei der Prüfung der kommunalen Haushalte aufgedeckt werden.